

Der "Vorwärts" erscheint wöchentlich... (text continues)

Die einseitige Konzentration... (text continues)

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Pöndorf 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 57836 - Bankkonten: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkonten Lindenstr. 3

Ausklang der Abrüstungsdebatte. Deutschlands Isolierung bei der Abstimmung.

Genf, 25. September. (Eigenbericht.)

Nach der Rede Bernstorffs (schon in unserer Abendausgabe veröffentlicht. Red. d. "V.") erklärte zunächst

Lord Cawston-England:

Es ist sehr bedauerlich, daß die erste Etappe der Abrüstung und Begrenzung der Rüstungen langsamer durchschritten wird als gewisse Leute gehofft haben. Der Grund hierfür ist jedoch, daß der Völkerverbund zu schnell vorwärts gehen wollte. Es war ein Fehler, daß der Völkerverbund schon 1925 die Abrüstungskonferenz in Aussicht nahm, denn es hat sich bei den Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission gezeigt, daß es grundlegend präzisere prinzipielle Gegensätze in dieser Frage gibt. Es war nötig, daß die Regierungen diese Gegensätze untereinander auszugleichen versuchten, und eine Verständigung kam zustande. Die Verständigungsformel wurde anderen interessierten Regierungen vorgelegt, ohne deren Einwilligung der geschlossene Vergleich nicht der Vorbereitenden Abrüstungskommission vorgelegt werden kann. Wir kennen jedoch bis jetzt noch nicht die Ansichten der beteiligten Regierungen. Wenn die Verständigungsformel angenommen wird, dann wird die Vorbereitende Abrüstungskommission mit großer Aussicht auf Erfolg weiter arbeiten können, bei Nichtannahme aber findet sich die Kommission vor denselben Schwierigkeiten, die sie jetzt gezwungen haben, ihre Arbeiten zu unterbrechen, doch braucht man ein Scheitern der direkten Verhandlungen nicht als definitio zu betrachten. Dagegen würde ein Scheitern innerhalb der Abrüstungskommission die Abrüstungskonferenz von vornherein kompromittieren. Deshalb verlangt England, daß dem Präsidenten der Abrüstungskommission deren Wiederberufung überlassen werde.

Paul Boncour-Frankreich:

Die Abrüstung ist kein Dialog zwischen Deutschland und Frankreich oder zwischen Ungarn und seinen Nachbarn. Das ist überholt. Der wahre Text, der unsere Tätigkeit regelt, ist der Artikel 8 des Völkervertrages. Er verlangt nicht auf Grund der Friedensverträge, sondern im Interesse des allgemeinen Friedens die Herabsetzung der Rüstungen bis zu einem mit der nationalen Sicherheit verträglichen Grad. Infolgedessen kann sich vom Moment des Inkrafttretens des Völkervertrages an niemand dem Versprechen einer allgemeinen Rüstungsherabsetzung entziehen, aber die Erfüllung dieser Versprechen muß auch der allgemeinen Situation eines jeden Staates, seiner geographischen Lage, Rechnung tragen. Sie ist an die effektive Sicherheit der Staaten gebunden. Man kann daher nicht sagen, daß der Völkerverbund seine Zeit verloren habe, indem er sich im vergangenen Jahre mit der Schaffung eines Organismus für die internationale Sicherheit beschäftigte. Täuschen wir uns nicht: Eine weitgehende Abrüstung kann nur erfolgen, wenn wir das große Gebäude der internationalen Sicherheit, an dem wir arbeiten, errichtet haben.

Keine vollständige nationale Abrüstung ist möglich, wenn es nicht internationale Kräfte gibt.

Die Einhaltung der Verträge und die allgemeine Sicherheit zu schützen und zu verhindern, daß ein Staat sich kämpfend gegen den anderen wendet. Wir hatten eine Gelegenheit, die allgemeine Sicherheit im Genfer Protokoll zu schaffen, die Weigerung gewisser großer Staaten, zu denen Frankreich nicht gehört, hat es unmöglich gemacht. Die Abrüstung ist eine lange Arbeit, sie hat die technische Phase hinter sich, sie ist in die politische eingetreten. Politische Gegensätze existieren noch in hohem Maße. Aber es ist schon ein Gewinn, in einem internationalen Entwurf die Hauptpunkte, in denen verschiedene Auffassungen bestehen, festgelegt zu haben. Wir müssen jetzt die Locarnoabkommen vermehren. Es gilt, die Staaten und die Diplomaten nicht zu den alten Bündnisverträgen zurückkehren zu lassen, aus denen der Krieg von neuem entstehen würde, sondern durch die Anwendung des Locarnoabkommens in der ganzen Welt den internationalen Sicherheitsorganismus zu schaffen. Aus einer Serie dieser Verträge ist das Gebäude der Sicherheit zu errichten. Es müssen sich alle Staaten an diesen Sicherheitsverträgen beteiligen. Dann kann die erste Etappe der eigentlichen Abrüstung beginnen, die darin besteht, den Wettlauf der Rüstungen aufzuhalten, genau die vorhandenen militärischen Kräfte und die Möglichkeiten einer militärischen Kräfteentfaltung festzustellen. Wir haben immer die Abrüstung nicht als ein großes plötzliches Ereignis angesehen, sondern als eine Auseinandersetzung kleinerer Etappen, die erste Etappe wird notwendigerweise eine Konvention der Abrüstungsbegrenzung sein. Selbst wenn der Völkerverbund in der Abrüstungsarbeit Schiffsbruch leiden würde, bleibt sein Wert bestehen. Schon seine bloße Existenz ist wertvoll, und was auch kommen möge, die Blicke der Völker werden sich immer bei einem Konflikt auf den Völkerverbund richten.

Der Völkerverbund ist ein Symbol, er realisiert die Hoffnung der Toten.

die beiderseits der Stacheldrahtlinie von der Nordsee bis zu den Karpathen fielen. Aus dieser Vergangenheit ist die Hoffnung entstanden, daß der Völkerverbund die Friedenswünsche realisieren werde.

Wenn er sie nicht realisiert, wird er den schönsten Stein aus seiner Krone verloren haben!

Carlton de Wiart-Belgien

sprach sein Bedauern über die Gegensätze in der Abrüstungsfrage aus und bemühte sich, die neue belgische Heeresreform als eine Rüstungsherabsetzung darzustellen. Er verwies im übrigen auf die Mitarbeit Belgiens, namentlich de Broeckeres, in der Abrüstungsfrage.

Der Präsident erklärte dann den Bericht über die Abrüstungsarbeiten und die Resolution unter Bezugnahme auf die Stimmenthaltung Deutschlands und Ungarns für angenommen.

Ungarische Kritik.

Genf, 25. September. (Eigenbericht.)

Der Versuch des Präsidenten der Völkerversammlung, die Tagung des Völkervertrages am Dienstag zu Ende zu führen, wurde verhindert durch einen unerwarteten Vorstoß Ungarns gegen die durch die Friedensverträge geschlossene Situation und gegen das Verlangen des Völkervertrages in der Abrüstungsfrage. Politisch-Griechenland gab am Nachmittag den Bericht der Sicherheitskommission, der den Staaten den Beitritt zu dem allgemeinen Vertrag zur friedlichen Regelung von Konflikten und den Abschluß von Nichtangriffsverträgen und von Verträgen zur gegenseitigen Unterstützung in Kriegszeiten empfiehlt. Eine weitere Resolution fordert, daß dem Völkervertragssekretariat auch die vor dem Bestehen des Völkervertrages abgeschlossenen und noch gültigen Verträge zur Registrierung und Veröffentlichung überwacht werden. Man wußte, daß Ungarn dem Abschluß von gegenseitigen Unterstützungsverträgen nicht zustimmen würde, aber niemand erwartete eine derartige angreifende Rede, wie die des 85jährigen Apponyi.

Ungarn wird dem Bericht zustimmen bis auf die Verträge für gegenseitige Unterstützung und Nichtangriff und die dazu verfaßte Resolution. Es wäre lächerlich für uns als entwaffnetes Land, für Verträge zur gegenseitigen militärischen Unterstützung einzutreten. Wir meinen es ehrlich, wenn wir für den allgemeinen Pakt zur friedlichen Regelung von Konflikten eintreten und wir sind ausdrücklich für die Entschärfung, dem Völkervertragssekretariat alle Staatenverträge zugänglich zu machen. Aber wir verlangen, daß dem Völkervertragssekretariat nicht nur der Abschluß von Verträgen mitgeteilt wird, sondern

auch die Reserven und die Vorbehalte, die sich die Staaten bei dem Abschluß ausbedungen haben.

Was nützt der Beitritt zur Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Gerichtshofes, wenn ein Staat sich vorbehält, alle aus dem Friedensvertrag stammenden Anfechtungen nicht durch das Schiedsgericht regeln zu lassen? Die Sicherheitskommission hat ihr eigenes Wort dadurch erweitert, daß sie Veränderungen und Vorbehalte in allen Verträgen zuläßt. Wenn die Völkerversammlung dies annimmt, erlaubt sie damit, daß die

Scheidung der Völker in Besiegte und Siegerstaaten durch das neue Vertragssystem in gefährlichster Weise funktioniert wird. Wir wollen Schiedsgericht und internationale Rechtsprechung, aber nicht einseitig gegen einzelne Völker, sondern für alle Völker und für alle Angelegenheiten. Der Völkerverbund umgeht die ungelösten Probleme, er umgeht das große Problem Zentral-Europa, er sollte es aber lösen, damit die moralischen und psychologischen Hindernisse, die der wahren Verständigung im Wege stehen, beseitigt werden.

Der Schluß hat Apponyi über die Abrüstung reden zu dürfen. Ohne Paul Boncour zu nennen, wies er dessen These, daß Abrüstungsklausel und Friedensverträge überholt seien und deshalb keine Notwendigkeit für eine Gleichmäßigkeit der Rüstungen bestände, zurück. Er mahnte: Wenn Ungarns Nachbarstaaten Verkopplungschwader haben, die an einem einzigen Tage sämtliche Städte Ungarns bombardieren können, man aber Ungarn verbietet, Gasmasken für seine Zivilbevölkerung zu halten, wie kann da ein internationales Sicherheitsgefühl aufkommen? Die Ungleichheit der Rüstungen und das Bestehen eines verschiedenen internationalen Rechts für Besiegte und Sieger durch die Friedensverträge bildet ein absolut unübersteigbares Hindernis für die wirkliche Verständigung und Verständigung. Der Völkerverbund wird sein Ziel nie erreichen, wenn er nicht diese Hindernisse beseitigt.

Es Apponyi geendet hatte, schloß der Präsident die Sitzung, da die Kleine Entente zu erkennen gegeben hatte, daß sie sich vorochalten müsse, zu der Rede Stellung zu nehmen. Letzte Sitzung Mittwoch vormittag.

Gewerkschaftliche Abrüstungskampagne

Aufruf des IGB.

Amsterd., 25. September. (Eigenbericht.)

Der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloß, unter Hinweis auf den Kellogg-Pakt einen Aufruf an die organisierte Arbeiterklasse zu richten, mit allen verfügbaren Mitteln für die Abrüstung einzutreten. Die Landeszentralen werden um entsprechende Einwirkung auf Regierungen und Parlamente ersucht.

60 Jahre Gewerkschaften.

Der Weg zum Aufstieg.

Am 26. September 1868 trat in Berlin unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Kongress“ der erste deutsche Gewerkschaftskongress zusammen, der von Schweizer und Frische einberufen wurde. Schweizer war damals Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins d. h. der von Lassalle gegründeten Sozialdemokratischen Partei, und Frische war dessen Vizepräsident und zugleich Vorsitzender des kurz vorher gegründeten Zigarrenarbeiter-Verbandes.

Als Schweizer und Frische am 27. August von Hamburg, wo der Kongress des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stattfand, den Aufruf erhielten, gab es erst vier Gewerkschaftsverbände in Deutschland: der Buchdrucker, der Zigarrenarbeiter, der Bäcker und der Schneider. Aber nicht allein, daß die Gewerkschaften noch ganz jungen Datums waren, bestand damals noch nicht einmal das Koalitionsrecht. Die gemeinsame Arbeitsniederlegung war unter Strafe gestellt. Wohl gab es in Deutschland Berufsorganisationen verschiedener Art, doch alle diese Berufsorganisationen hatten mehr oder weniger jüngerlichen Charakter und beschränkten sich in der Hauptsache auf die Unterstützung ihrer Mitglieder bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Diese Beschränkung war den Berufsvereinen damals nicht nur ausgezwungen infolge des bestehenden Koalitionsverbotes, sie war zum guten Teil auch eine freiwillige. Die sozialistische Agitation hatte nur einen geringen Teil der Arbeitererschaft erfasst. Die große Mehrheit der Arbeiter war indifferent oder besand sich noch im Banne der bürgerlichen Parteien. Ein wesentlicher Teil der Arbeiter, die politisch dachten, war Anhänger der damaligen Fortschrittspartei.

Es ist kein geschichtlicher Zufall, daß nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Ländern mit einigermaßen entwickelter Industrie die Gewerkschaften in den sechziger Jahren, ganz besonders aber zwischen 1865 und 1870, überall aufzublühen begannen. Die Revolutionsperiode von 1848 hatte nicht nur mit einer Niederlage der Demokratie geendet, sondern auch mit einer Scheidung des sonstgeherrschenden Teiles der Arbeiterschaft von der Bourgeoisie. Während der Reaktionsperiode, die dann folgte, und die bis in die sechziger Jahre hinein dauerte, hatte die kapitalistische Produktion sich außerordentlich entwickelt. Mit ihr ging einher eine im buchstäblichen Sinne des Wortes schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Es fehlte damals nicht nur an jeder Sozialgesetzgebung, der Arbeiterschaft war durch das Koalitionsverbot, das in verschiedener Form in allen europäischen Ländern bestand, jede Möglichkeit genommen, sich gegen diese Ausbeutung zu schützen. So entstanden trotz des Koalitionsverbotes Streiks, die in Wirklichkeit nichts anderes als Hungerrevolten waren.

In dieser Periode eines ungeheuren Druckes und der beginnenden Empörung der Arbeiterschaft entstanden in Deutschland die beiden sozialistischen Parteien, zunächst die sogenannten Lassalleaner und dann die unter Führung von Bebel und Liebknecht stehenden Eisenacher. So konnte auch im Jahre 1864 die Forderung des kommunistischen Manifestes verwirklicht werden, das sieben Jahre vorher der Proletariat aller Länder aufgerufen hatte, sich unter dem sozialistischen Banner zu vereinigen. Der Internationale gehörten nicht nur sozialistische Parteien an, deren es ja damals kaum welche gab, sondern vor allem auch berufliche Organisationen, die unter dem geistigen Einfluß der Internationale eine sozialistische Färbung bekamen.

Mary und Engels waren ja immer Verfechter des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gewesen. Der theoretische Begründer des modernen Gewerkschaftskampfes ist Karl Marx. Es kam Marx aber nicht so sehr darauf an, wohlbegründete Theorien zu schaffen, sondern viel mehr noch praktisch die Organisation der Arbeiter zu fördern. So ist es durchaus natürlich, daß Schweizer sich zunächst an Marx um Auskunft und Rat wandte bei der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen. So große Bedenken Marx gegen die Form der von Schweizer vorgeschlagenen Statuten hatte, die soustagen das Haus beim Dach anfangen, so war er doch der Meinung, daß die Praxis schon die nötige Korrektur bringen werde und daß die Hauptsache die Gründung von Gewerkschaftsorganisationen sei.

Die Berufsorganisationen, die am 26. September 1868 in Berlin durch 106 Delegierte aus 110 Orten vertreten waren, stellten den ersten Versuch dar, in Deutschland Gewerkschaften ins Leben zu rufen, die auf dem Boden des Klassenkampfes ruhten und zum Ziel die Überwindung der kapitalistischen Produktion hatten. So kann man wohl mit Recht den 26. September 1868 als den Geburtstag der modernen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bezeichnen.

Das ging nicht ohne schwere Geburtswehen ab. Die Fortschrittspartei betrachtete die Absicht, „Arbeiter-schaften“, wie man damals die Gewerkschaften zunächst nannte, ins Leben zu rufen, als eine große Gefahr. So versuchte sie ein Konkurrenzunternehmen aufzuziehen, das

Westarp und Stahlhelm.

Die Politik in der Hofenheide.

„Die deutsche Politik wird noch nicht in der Hofenheide gemacht“, rief Bülow im Reichstag, als er wegen der Verbindung einer Versammlung mit Saurès in der „Neuen Welt“ zur Rede gestellt wurde. Am Montag aber hatte sich alles, was in Berlin reaktionär ist, in der Hofenheide einstelligen gegeben, um von da aus Politik zu machen. Darin zeigt sich eine starke Veränderung der Zeit.

Als Redner traten neben dem Grafen Westarp die Führer der sog. „Vaterländischen Verbände“ auf, drei kaiserliche Offiziere: der Oberst v. Struensee, der Stahlhelm-Major Stephani und der Rittmeister Moroczowicz. Von dem ersten dieser Redner ist in der Presse mit Recht gesagt worden, daß er immer noch als Führer einer parlamentarischen Oppositionspartei wirkte. Das Bedeutsame an seinem Vortrage ist nicht das schon bekannte Phrasengeklärr über den „Zusammenbruch von Socarno“, als vielmehr die Umgehung, in der es sich vollzog. Denn ist Graf Westarp immer noch ein Phrasenredner mit politischen Hemmungen, so waren seinen Mitrednern solche Hemmungen vollkommen unbekannt.

Wenn der Oberst v. Struensee, als Vertreter des kaiserlichen Generals v. Cramon, erklärte, man stehe an einem Wendepunkt der inneren deutschen Geschichte und alle seien sich darin einig, daß man jetzt zu Taten schreiten müsse, so ließ der Major Stephani keinen Zweifel daran, um welche Art von Taten es sich handelt. Es gelte „den Angriff auf das System, das uns heute regiert“. Dieser Angriff hat nach Stephani begonnen, „und wer uns kennt, weiß, daß es kein Halten mehr gibt.“

Das klingt bedrohlich. Und wir wollen uns auch keineswegs in Ruhe wiegen lassen durch die folgenden Ausführungen des Herrn Moroczowicz, der als ersten Angriff die Einführung eines Volksentscheids gegen die bestehende Verfassung empfahl. Gewiß ist es ein Zeichen für die Stärke der Republik und eine ungewollte Anerkennung des demokratischen Gedankens, wenn die Butschisten von rechts und links einstimmen statt mit Butschern mit Volksentscheiden arbeiten wollen. Aber daß sie sich deswegen schon zur Gesetzmäßigkeit begeben hätten, wird man um so weniger annehmen können, als sie selbst das auf das entschiedenste bestreiten.

Es ist schade, daß Graf Westarp als erster sprach und daher nicht in der Lage war, auf die Ausführungen der anderen Redner einzugehen. Man hätte gern gehört, ob die Deutschnationen den Volksentscheid zur Änderung der Verfassung mitmachen wollen. Noch interessanter wäre es zu erfahren, was eigentlich verlangt werden soll. Will man sich opportunistisch auf die Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten beschränken — die unter veränderten Verhältnissen sehr stark gegen die Rechte ausschlagen kann — oder will man aufs Ganze gehen und die Wiederführung der Monarchie beantragen? Oder weiß man überhaupt nicht, was man will, und ist alles vorläufig nur hohles Wortgebrüll?

Das letzte wäre vielleicht das schlimmste. Denn wenn man unter Patronat des Führers der „nationalen Opposition“ alle Instinkte bedenkenlos aufpeitscht, zügellosen Haß gegen die Republik und das demokratische System predigt, ohne einen Weg zur Veränderung zu zeigen, so schafft man damit einen Boden, auf dem sinnlos verbrecherische Taten gedeihen. Das soll heute schon festgestellt werden, damit nicht diejenigen später einmal ihre Hände in Unschuld waschen können, die am Montag in der Hofenheide mit dabei gewesen sind.

Belgische Räumungsvorbereitungen?

Belgische Kasernen für Besatzungstruppen bereitgestellt.

Brüssel, 25. September (Eigenbericht).

Verschiedene Brüsseler Blätter enthalten die Mitteilung, daß die belgische Regierung bereits Anstalten getroffen habe, um die belgischen Besatzungstruppen im Rheinland, deren Hauptquartier sich in Aachen befindet, für den Fall eines Räumungsabkommens in verschiedenen belgischen Kasernen unterzubringen. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß der Generalstab des Militärbezirks der Provinz Brabant verfügt habe, Kasernenräume für etwa aus dem Rheinland zurückzuziehende Truppenteile sofort zur Verfügung zu stellen. Im Kriegsministerium behauptet man zwar, keinerlei Kenntnis von derartigen Verfügungen zu haben. Es bleibt dennoch der Eindruck bestehen, daß die Seerescheinung mit der Wahrscheinlichkeit einer baldigen Räumung des Rheiner Gebietes rechnet.

Die rote Heilsarmee.

Kommunistischer Zentralbunde mit Gefolge ausgeschloffen.

Hamburg, 25. September. (Eigenbericht.)

In dem Berliner Organ des Lenin-Bundes, „Volkswille“, wurden kürzlich gegen den Hamburger Bezirkssekretär der KPD, Witorsch, Beschuldigungen wegen Ausnutzung der Bezirkskasse zu persönlichen Zwecken erhoben. Die kommunistische Hamburger „Volkszeitung“ erklärte dazu, daß es „schwerwiegend, auch nur mit einem Wort darauf einzugehen“. Statt dessen brachte sie den „Propagatoren“ mit „solchen proletarischen Denksätzen“.

Wie das „Hamburger Echo“ nunmehr erzählt, hat sich am Sonntag der engere Vorstand des Bezirks Wasserante der KPD mit den Beschuldigungen gegen Witorsch beschäftigen müssen. Witorsch, Hamburger Vertreter in der Zentrale, Vorsitzender der kommunistischen Bürgerhaushaltsfraktion und Sekretär der Bezirksleitung, wurde seines Amtes enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Das gleiche Geschick traf einige andere Größen, die ihm gefällig waren, so den kommunistischen Bürgerhaushaltsabgeordneten Priesche, Mitglied der Polizeibehörde, den Kommunisten Riech und den Sekretär John Scheer-Wilona, ebenfalls Mitglied der Zentrale und einflussreiches Mitglied der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in Altona.

Es handelt sich bei den vier Ausgeschloffenen um aufrichtige Parteigänger der herrschenden Thälmann-Richtung. Denn sie trahen so kraß und toll hinausgeworfen zu werden, so müssen die Gründe dafür außerordentlich schwerwiegend sein. Die kommunistische Hamburger „Volkszeitung“ hat sich bisher zu diesem Skandal völlig ausgeglichen.

„Wie wir Rathenau beseitigten.“

Unter diesem Titel bringt das Berliner Organ der Nationalsozialisten die Aufzeichnungen eines Rathenau-Mörders.



„Scheen, — aber dei mit dem Kissen, dei mußte noch juristischer machen!“

Deutscher Presseprotest in Polen.

Der Außenminister beschimpft die reichsdeutsche Presse!

Warschau, 25. September.

Eine Abordnung der deutschen Pressevertreter in Warschau überreichte heute dem Chef der Presseabteilung des Außenministeriums folgende Erklärung:

Somit Nachrichten der gestrigen Warschauer Presse, welche die heutige „Epoka“ bestätigt, hat der Herr Außenminister im Interview, das er dem Berliner Korrespondenten der polnischen Blätter am 23. September erteilte, u. a. folgendes geäußert:

„Europa hat sich schon daran gewöhnt, daß die deutsche Presse oft der Wahrheit zu nahe tritt, und hat infolgedessen aufgehört, auf diese Lügen, die im übrigen ohnehin niemand liest, zu reagieren und ihnen irgendein Gewicht beizulegen.“

Sämtliche zurzeit in Warschau anwesenden Vertreter der deutschen Presse bringen der Presseabteilung des Außenministeriums zur Kenntnis, daß sie die oben erwähnten, die ganze deutsche Presse beleidigenden Worte des Herrn Ministers als auch für sie, die Vertreter dieser Presse, verletzend empfunden haben, und daß sie gegen jenes Urteil des Herrn Ministers Protest einlegen und zugleich behaupten, daß ihre Tätigkeit in Warschau durch eine solche von hoher amtlicher Stelle erfolgte Äußerung eine ernsthafte Schädigung und erhebliche Erschwerung erfahre.

Unabhängig hiervon besteht zurzeit ein anderer Konflikt zwischen den polnischen Regierungsstellen und den Warschauer Vertretern der Auslandspresse verschiedener Nationen. Der Warschauer Vertreter der halbamtlichen tschechoslowakischen „Prager Presse“ hat eine Meldung über bevorstehende Veränderungen im polnischen Kabinett gegeben, wonach Ministerpräsident Bartel durch Oberst Slawek oder Unterrichtsminister Swiatkowski und Außenminister

Zaleski durch den Berliner Gesandten Knoll ersetzt werden würden; außerdem sollten noch andere Veränderungen vorgenommen werden, die im Sinne einer Regierung der starken Hand lägen. Darauf erschien ein Kommuniqué der amtlichen polnischen Telegraphenagentur, das folgendermaßen lautete:

Die polnische Telegraphenagentur ist ermächtigt, zu erklären, daß die in der „Prager Presse“ erschienene Nachricht, die einige polnische Blätter wiederholt haben, und welche Veränderungen in der Regierung betrifft, falsch ist. Ingleich teilt die polnische Telegraphenagentur mit, daß Anordnungen getroffen wurden, die darauf abzielen, es den Korrespondenten ausländischer Blätter unmöglich zu machen, daß sie lägenhafte Informationen verbreiten.

Gegen diese Wendung des Kommuniqués nahm der Klub der Auslandspresse in Warschau, in welchem die deutsche, amerikanische, englische, österreichische, tschechoslowakische und russische Presse vertreten ist, in einer Versammlung am 24. September einstimmig Stellung und beschloß, dagegen Verwahrung einzulegen. Es wurde eine Delegation gewählt, die den Austrag erhielt, die Stellungnahme der Vertreter der Auslandspresse den zuständigen polnischen Stellen zur Kenntnis zu bringen.

Der sozialistische „Robotnik“ stellt zu der Äußerung Zaleskis fest, daß sie weder juristisch berechtigt noch politisch klug war. Das Blatt hebt hervor, daß der Minister durch die Beleidigung, die der gesamten deutschen Presse zugefügt wurde, gerade jene deutschen Zeitungen erwidern muß, die für polnische Fragen Verständnis besitzen und daran arbeiten, die Schwierigkeiten auf dem Wege deutsch-polnischer Verständigung zu beseitigen. Zaleski habe sich darum bemüht, sich auch dort Feinde zu schaffen, wo sie bisher nicht waren.

Parlamentsbeginn in Wien.

Der Kampf um die Abgabenteilung.

Wien, 25. September.

Bei vollem Hause und großem Andrang auf den Galerien begann die erste Sitzung des Nationalrates nach den Sommerferien, deren Verlauf im Hinblick auf den in der Öffentlichkeit als kritischen Tag erster Ordnung angesehenen 7. Oktober mit Spannung erwartet wurde. Die Sitzung verlief jedoch vollkommen ruhig. Vom 7. Oktober wurde überhaupt nicht gesprochen. Auf der Ministerbank hatten nur einige Mitglieder des Kabinetts Platz genommen. Finanzminister Klénböck begründete in sachlicher Rede, mit dem offenkundigen Bestreben, jede Reizung der Opposition zu vermeiden, die heute zur Befugnis eingebracht, die Umstrukturierung der Abgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, durch die sich besonders die Stadt Wien benachteiligt fühlt. Seine Erklärungen wurden von den Sozialdemokraten ohne Unterbrechung angehört und von den Regierungsparteien zum Schluß mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Sobald ergriff Dr. Danneberg (Soz.) das Wort, der zwar Kritik an der Stellungnahme der Regierung und an der Vorlage selbst übte, jedoch jede Polemik vermied. Der Redner erklärte, daß seine Partei die Vorlage in der vorliegenden Form ablehne. Während der Ausführungen Dannebergs erschien Bundeskanzler Dr. Seipel im Saal, wobei viel bemerkt wurde, daß Dr. Seipel nach Begrüßung von Parteigenossen auch zu den Bänken der Sozialdemokraten schritt und hier einigen Abgeordneten die Hand gab und geraume Zeit mit ihnen sprach. Nach Danneberg ergriff der niederösterreichische Landeshauptmann Buresch namens der Christlich-Sozialen das Wort für die Vorlage, worauf die Fortsetzung der Debatte auf Donnerstag vertagt wurde.

Koppist Dabst — Falschfahrführer in Oesterreich.

Wien, 25. September. (Eigenbericht.)

Am Dienstagmorgen erschienen die Führer der Heimwehr, der Tiroler Landesrat Dr. Steidle und der berufliche Koppist Major Dabst, der heute einer der Führer der Heimwehr ist, im Parlament, wo sie mit den Führern der Reichsparteien eine Besprechung hatten.

Der Hauptvorstand der Kfz (Arbeiterpartei) beschloß am

Dienstag, daß sich die Mitglieder aller ihm angeschlossenen Verbände, Naturfreunde, Arbeiterräte, Arbeiterfußballer, Arbeiterrodfahrer, Arbeiterturner am 7. Oktober dem Republikanischen Schulbund zur Verfügung zu stellen haben. Infolgedessen haben an diesem Tage alle sportlichen Veranstaltungen und Umzüge zu unterbleiben.

Todesstrafe abgeschafft.

Benigstens in Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 25. September.

Das mecklenburgische Kabinett hat sich für die Abschaffung der Todesstrafe für Mecklenburg-Schwerin ausgesprochen. Die derzeitige (sozialistisch-demokratische) Regierung wird diesem Beschluß dadurch Rechnung tragen, daß sie keine Todesurteile mehr bestatigt.

Dieser Beschluß entspricht einem Appell, den die neue Reichsregierung durch den Reichstanzler Hermann Müller-Franken in der Antrittsrede an die Länderregierungen gerichtet hat.

Sawal Pascha, der frühere ägyptische Ministerpräsident und Führer der Nationalpartei, ist in Paris gestorben. Er hatte die Unterhandlungen mit England eingeleitet, die am 28. Februar 1922 zur Unabhängigkeitserklärung Ägyptens führten.

Politischer Mord in Kiew. Der Vorsitzende der Disziplinärkommission des polnischen Nachrichtendienstes in Kiew, in Verbindung getreten und hatte diesen fortgesetzt bis zum Jahre 1927 Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, übermittelte. — Woher die Frau diese „heimlichzuhaltenden“ Nachrichten bezog, wird leider nicht mitgeteilt.

Französisches Dementi. Die Pariser amtlichen Stellen dementieren ausdrücklich die Behauptungen eines Moskauer Blattes über den Inhalt des geheimen englisch-französischen Blattenkompromisses. Dieses Dementi war um so mehr zu erwarten, als die Angaben des Bolschewistenblattes recht abenteuerlich klangen.

Großflugzeug „Deutschland“ verbrannt Die Mitfahrenden einer furchtbaren Gefahr entgangen.

Dortmund, 25. September.

Das Großflugzeug „Deutschland“ der Deutschen Luftfahrt, eine Junkers G 31, die Schwestermaschine der „Hermann Köhl“, ist am gestrigen Dienstmittag einem Unfall zum Opfer gefallen, und zwar verbrannte sie nach einer Notlandung bei Arnberg in der Nähe von Dortmund. Passagiere und die Besatzung der Maschine kamen ohne jeden Schaden davon, da die Notlandung auf freiem Feld glatt von statten ging und der Brand erst ausbrach, als alle Personen die Maschine verlassen hatten.

Die „Deutschland“ befand sich auf ihrem kursmäßigen Flug zwischen Paris und Berlin und hatte mit acht Passagieren und vier Mann Besatzung wie üblich um 11 Uhr vormittags eine Zwischenlandung in Köln vorgenommen. In der Nähe des Ortes Arnberg bei Dortmund bemerkte der Flugschwärmer Bolte plötzlich, daß der rechte Seitenmotor nicht ordnungsmäßig arbeitete. Er nahm aus diesem Grunde eine Notlandung auf freiem Feld vor, die auch völlig glatt von statten ging. Als die Passagiere die Maschine verlassen hatten, erfolgte plötzlich in dem Motor, der schon während des Fluges Störungen gezeigt hatte, eine Explosion. Eine ziemlich hohe Stichflamme setzte die Maschine in Brand, die trotz ihrer Metallkonstruktion bis auf die Rotoren fast vollständig vernichtet wurde. Die städtische Feuerwehr aus Arnberg und die Sanitätskolonne, die auf die Nachricht, daß ein Flugzeug verunglückt sei, an die Unfallstelle geschickt wurden, veranlaßten den Abtransport der Passagiere, die glücklicherweise durch das umsichtige Verhalten des Flugschwärmer Bolte entronnen waren. Hätte der Flugschwärmer nicht kurz entschlossen die Notlandung vorgenommen, so wäre die Explosion hoch in den Lüften erfolgt, und sämtliche zwölf Personen hätten ihren Tod gefunden. In dem Flugzeug befand sich übrigens auch der Direktor der Buchdruckerkrankenkasse, Genosse Bonicht, der seine glückliche Rettung sofort nach Berlin melden konnte.

TegeleerGefangenenmeuterei vor Gericht

Die Meuterei von Gefangenen in der Strafanstalt Tegele, die Anfang dieses Jahres sich abgespielt hatte und einen bedrohlichen Charakter anzunehmen schien, beschloß das Schöffengericht Bedding in die späten Abendstunden das Große Schöffengericht Bedding.

Die Meuterei begann in einer Gemeinschaftszelle, in der die jetzt Angeklagten Sch. A. und S. sich befanden und hatte bereits auf die Nebenzelle mit den Insassen L. und B. übergegriffen, so daß die Gefahr bestand, daß ein allgemeiner Aufstand in der Strafanstalt mit ihren 1150 Gefangenen entstehen könnte. Den Anstoß zu den erregten Szenen gab Sch. A., der verlegt werden sollte, aber sich von seinen Zellengenossen nicht trennen wollte und heftigen Widerstand leistete. Die beiden anderen Gefangenen erklärten sich mit ihm „solidarisch“ und zertrümmerten die bewegliche Einrichtung der Zelle. Mit den Trümmern errichteten sie vor der Zellentür eine Barrikade. Aus der Nebenzelle wurden sie durch L. mit aufreizenden Reden weiter aufgestachelt. Als die Beamten die Zellentür zu öffnen und die davor liegende Barrikade zu beseitigen begannen, ging Sch. A. mit einem Messer auf sie los. Mit Hilfe eines kalten Wasserstrahles wurde für die Abkühlung der erregten Gemüter gesorgt, jedoch leisteten die Angeklagten bei ihrem Abtransport noch heftigsten Widerstand. Sie bedrohten die Beamten und schlugen teilweise auch auf diese ein. Das selbe war mit L. der Fall, als er aus seiner Zelle herausgeholt werden sollte. Bei dem jüngsten Angeklagten B. gingen die Aussagen der Beamten auseinander, und es ließ sich kein klares Bild gewinnen, ob er sich an den Aufregungen und Widerwärtigkeiten des L. mitbeteiligt habe. Er bestritt es. Sämtlichen Angeklagten wurde von verschiedenen Gerichts- und Gefängnisräten das Zeugnis ausgestellt, daß sie minderwertige Persönlichkeit sind. Die Beweisaufnahme hatte einen großen Umfang, da fünfzehn Justizwachmeister und eine Reihe von höheren Beamten vernommen werden mußten.

Schwere Zucht- und Gefängnisstrafen.

In dem Prozeß wegen der Gefangenenmeuterei in der Strafanstalt Tegele, der gestern vor dem Schöffengericht Bedding stattfand, wurde der Angeklagte Sch. A. zu 9 Monaten Gefängnis, S. zu 1 Jahr 6 Monaten Zucht- und L. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, während die Mitangeklagten B. und A. freigesprochen wurden.

Kriegsverherrlichung in der Gedächtniskirche.

Die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche hat am Sonntag ihr Ehrenmal für die Gefallenen ihrer Kirchengemeinde eingeweiht. Selbstverständlich mit schwarz-weißen Fahnen, mit Prinzenbesuch und einem Kranz von Wilhelm dem Chermalen. Das Ehrenmal ist am Südpfort der Kirche angelegt. Es trägt die Aufschrift: „Lure Leib den Toten, Lure Seelen Gott, Christ ist erstanden, Er macht zum Sieg den Tod.“ Nachdem die Hülle des Denkmals gefallen war, legte als erste die ehemalige Kronprinzessin im Auftrage des Hauses Doorn einen Kranz mit schwarz-weißen Schleifen und einem eingestickten „W“ nieder. Die schwarz-weiße Veranstaltung verlief ruhig und von den Berlinern unbeachtet.

Das Jollant I. Berlin, Alexandrinenstraße (Hauptjollant Berlin-Kurfürst), wird zum 1. Oktober d. J. nach dem Jordanhaus, Lindenstraße 91/92, Ecke Endestraße, verlegt und führt von diesem Zeitpunkt ab die Amtsbezeichnung „Jollant I. Jordanhaus, Berlin, Lindenstraße“.

Der geheimnisvolle Generaldirektor.

Beschuldigungen in der Kriegsleiheaffäre.

Wie wir bereits meldeten, bemühen sich die Untersuchungsbehörden gegenwärtig, festzustellen, ob die Kriegsleiheaffäre versucht haben, sich Kenntnisse aus amtlichen Stellen zu verschaffen, die über die Abbestellungen gut unterrichtet waren. Leider ist es bisher nicht gelungen, eines Mannes habhaft zu werden, der nach dieser Richtung hin gegenüber den Inhabern eines Berliner Bankgeschäftes schwerwiegende Beschuldigungen erhoben hat.

Es handelt sich dabei um den früheren Generaldirektor des „Delphin“, Joseph Schneit aus Wien, der es verstanden hat, in Berlin in ganz kurzer Zeit eine ungewöhnliche Karriere zu machen. Schneit, der Sohn eines Wiener Kaffeehausbesizers, kam kurz nach der Inflation nach Berlin und trat hier als Architekt auf. Ohne selbst über Mittel zu verfügen, iditierte er innerhalb von 1½ Jahren in Berlin etwa hundert der damals so beliebten „Schwarzkäufe“ von Häusern und erfuhr etwa Mitte 1926, daß für den Luxusbetrieb „Delphin“ ein Pächter gesucht werde. Schneit trat an den Erbauer heran und erklärte, eine Pacht von 200.000 M. zahlen zu wollen. Als Sicherheit legte er ein Dokument vor, in dem er als

Generalbevollmächtigter von zwanzig Berliner Häusern

bezeichnet wurde. In Wirklichkeit gehörten diese Häuser jedoch einem Tschchoslowaken namens Janoset. Schneit übernahm den „Delphin“ und schaffte für den Betrieb eine luxuriöse Ausstattung an. Kurze Zeit nach Eröffnung des Hauses kam dann Janoset nach Berlin und erfuhr, daß Schneit die Vollmacht zu erheblichen Transaktionen mißbraucht habe. Man wandelte nun den „Delphin“ in eine Aktiengesellschaft um, und bei diesem Manöver kamen die meisten Lieferanten um ihr Geld. Wegen Schneit wurde Strafanzeige erstattet, die jedoch nicht durchgeführt werden konnte, weil dieser andauernd seinen Wohnsitz änderte. Ende 1926 lernte Schneit Bela Groh kennen, und Groh glaubte in Schneit den Mann gefunden zu haben, der ihm bei seinen

„Illegitimen Begehungen“

behilflich sein könnte. Das Hauptquartier des Generaldirektors Bela Groh, der damals noch für die „Foresta“ auftrat, und der damit sich überall Eingang verschaffte, daß er nachwie vor im Aufsichtsrat seines Unternehmens säße außer Castiglioni auch ein aus dem Weltkrieg bekannter italienischer General, befand sich in einem bekannten Hotel am Anhalter Bahnhof, und hierhin brachte

Schneit auch einen Baron A., der angeblich über gute Beziehungen verfügte. Schneit stand mit einer kleineren Berliner Bankfirma in Verbindung und rühmte sich dem Inhaber gegenüber, daß er zusammen mit Bela Groh in Kriegsleihe einen großen Coup landen werde, und daß er durch Beziehungen zu Beamten genau im Bilde sei, welche Kriegsleihestücke angemeldet werden könnten. Als dann vor einigen Monaten die näheren Zusammenhänge in der Kriegsleihebeschaffung bekannt wurden, schüttelte Schneit den Staub von den Füßen und begab sich, während er überall erzählte, daß er zur Erholung ein Wiener Sanatorium aufsuchen wolle, in Wirklichkeit nach Paris, wo er von seinen Freunden auf dem laufenden gehalten wurde. Schneit war stets

über alle Einzelheiten des Verkehrs genau informiert,

und an dem Tage, als der Direktor Leo Hirsch verhaftet wurde, begab sich einer seiner früheren Direktoren im Flugzeug zu ihm nach Paris, da man sich nicht getraute, den Fernsprecher zu benutzen. Ob es möglich sein wird, Schneit dingfest zu machen, ist allerdings mehr als fraglich, da er als geborener Oesterreicher von Frankreich kaum nach Deutschland ausgeliefert werden wird. Wie wir weiter erfahren, ist am gestrigen Dienstag die Vernehmung des Regierungsrates Dr. Steiger vom Ministerium für die besetzten Gebiete abgeschlossen worden. Es stand von Anfang an fest, daß Dr. Steiger nicht als Beschuldigter, sondern lediglich als Zeuge in einem Abschnitt des Verfahrens in Frage kommen könne, bei dem es sich um die Anmeldeung von etwa 80 Millionen Kriegsleihe handelte. Ueber die abschließende Vernehmung Dr. Steigers läßt sich jetzt sagen, daß er es gewesen ist, der eigentlich die ganze Affäre ins Rollen gebracht hat.

Zu den Meldungen einiger Zeitungen über eine Beteiligung von Reichsbankbeamten an dem Kriegsleihebetrug wird von der Reichsbank mitgeteilt, daß seit einer Reihe von Monaten Ermittlungen gegen zwei Beamte einer Berliner Dienststelle der Reichsbank wegen des Verdachts der Verschuldung bei den vorgenommenen Betrugsversuchen schweben. Die Reichsbank hat bis heute von den Untersuchungsbehörden keine Nachricht erhalten, ob und in welchem Umfang die vorliegenden Verdachtsmomente durch die Untersuchung eine Bestätigung erfahren haben.

Evangelischer Probst gegen Berlin. Der Prozeß abermals vertagt.

Vor der Zivilkammer unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schmidt stand am Dienstag wiederum Termin in dem Prozeß an, den das Bezirksamt Mitte für die Stadt gegen den Probst von Berlin, D. Händler, und die Gemeindefkirchenräte von St. Nicolai und St. Marien wegen der Richtbefragung des Probststeigebäudes anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten angehängt hatte.

Zu Beginn der Verhandlung stellte Rechtsanwalt Dr. Lindner, der Anwalt des Bezirksamts Mitte, die Frage, ob auch die Gemeindefkirchenräte von St. Nicolai und St. Marien ebenso wie der Probst ein Nießbrauchsrecht an dem Probststeigebäude geltend machen, da sie nämlich dort Bureauräume innehätten. Justizrat Hahn erklärte für die Beklagten, daß dies selbstverständlich sei, worauf Rechtsanwalt Lindner den weitergehenden Antrag stellte, das Gericht solle feststellen, daß die beiden Gemeindefkirchenräte an dem Probststeigebäude keinerlei Rechte hätten. Justizrat Hahn erwiderte hierauf, daß durch diesen Antrag der eigentliche Hintergrund des Prozesses enthüllt würde, nämlich die Rechte der Kirchen-

behörde aufzuheben, was der Magistrat als solcher auf Antrag des Bezirksamts abgelehnt habe. Einen solchen Hintergrund des Prozesses bestritt jedoch Rechtsanwalt Lindner und erklärte, daß er lediglich an einer reifen Klärung der Rechtsverhältnisse Interesse habe. Was den ursprünglichen Antrag bezüglich des Rechtes der Stadt betreffe, Schmutz und Blagen an dem Probststeigebäude anzubringen, so sei durch angebliche Beweise der Beklagten die Rechtslage nicht geändert. Die historischen Dokumente seien zwar sehr interessant, aber aus ihnen ginne der Rechtsanspruch des Probstes, das angebliche völlige Nießbrauchsrecht keineswegs hervor. Er beantragte dann, den ersten Teil des Prozesses, soweit er die Klagenfrage betrifft, zu entscheiden, da diese Angelegenheit spruchreif sei. Bezüglich des weitergehenden Antrages erklärte er sich mit der von Justizrat Hahn beantragten Vertagung einverstanden. Justizrat Hahn verlangte jedoch die völlige Vertagung des Prozesses, da die verschiedenen Punkte nicht zu trennen seien. Das Gericht gab diesem Vertagungsantrag statt mit der Begründung, daß die strittigen Punkte im Zusammenhang entschieden werden müßten. Ein neuer Termin wurde noch nicht anberaumt.

Der Schlag mit der Tapetenrolle.

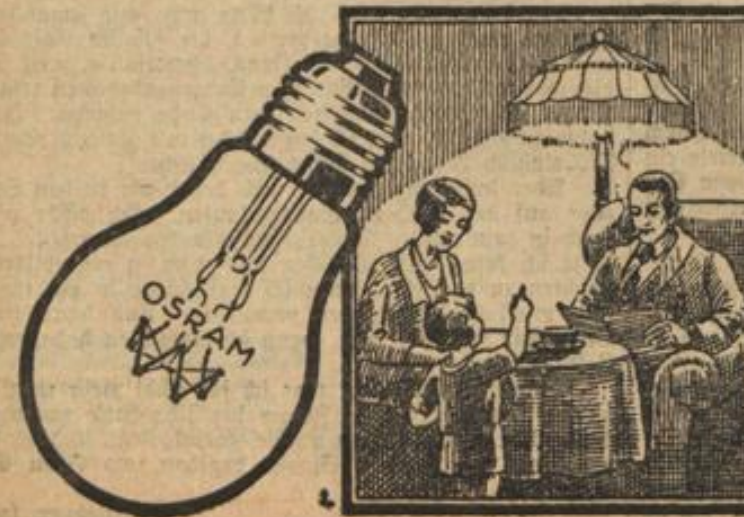
Wie aus einem Scherz tödlicher Ernst werden kann.

Einen verhängnisvollen Ausgang nahm eine harmlose Hänselei auf einem Neubau in der Hildegardstraße. Hier waren bei der Ausbesserung der Wohnungen u. a. ein 63 Jahre alter Tapezierer Max R. aus der Antonstraße und ein vier Jahre jüngerer Kollege Richard Borowski beschäftigt. In den Räumen standen überall die Tapetenrollen bereit, die verarbeitet wurden. Bei einer Hänselei zwischen den beiden nahm Max R. eine solche Rolle und schlug sie, immer im Scherz, seinem Kollegen auf den Kopf. Beide arbeiteten dann friedlich nebeneinander weiter. Nach Feierabend am vergangenen Sonnabend besuchte Borowski mit einem anderen Kollegen noch eine Wirtschaft, um ein Glas Bier zu trinken. Das schmeckte ihm aber nicht und er meinte, daß er von dem Schlag immer noch ein dumpfes Gefühl im Kopfe habe. An etwas Schlimmes dachte aber auch jetzt noch niemand. Erst am Sonntag trat eine verhängnisvolle Wendung ein. Borowski erkrankte sehr schwer und starb noch im Laufe des Tages. Die Vorgänge auf dem Neubau gaben jetzt Veranlassung, die Leiche zu besichtigen. Sie wurde obduziert, und es wurde festgestellt, daß der Tod durch eine Gehirnbildung herbeigeführt war. Wahrscheinlich aber hat der Schlag wohl nur deshalb diese verhängnisvolle Folge gehabt, weil Borowski schon einmal bei einem Sturz mit dem Motorrad sich eine erhebliche Verletzung zugezogen hatte. Hiervon war wohl etwas zurückgeblieben, so daß der scherzende Riaps die empfindliche Stelle getroffen haben muß.

Einweihung der Jugendburg Freusburg. Am 6. und 7. Oktober wird die nahe Liegen an der Sieg gelegene Jugendburg Freusburg eingeweiht werden. Die Weiherede wird der Reichsinnenminister Severing halten, und ein Festspiel „Die Jugendburg“ des rheinischen Dichters Otto Brües wird von einer rheinischen Spielschar aufgeführt werden.

Funkwinkel.

Ist Paracellus für den modernen Menschen so wichtig, daß ihm die Berliner Funkstunde das Abendprogramm einräumt? Selbst Alfred Döblin kann diese Notwendigkeit nicht beweisen. Der Abend soll eigentlich der Unterhaltung dienen. Warum legt also die Funkstunde diese Paracellus-Beranstaltung nicht auf eine frühere Zeit, besonders da das Tagesprogramm sowieso mit keinen Kostbarkeiten dienen kann? Der schöne Vortrag Döblins über ihn würde auch um 6 Uhr gute Figur gemacht haben. Daß die Funkstunde belehren will, ist sehr anerkennenswert, aber das Beste verfehlt den Zweck, wenn es zur falschen Zeit betrieben wird. Abendveranstaltungen des Rundfunks sollen nicht durchaus auf Sangesweise und tödlichen Ernst hinausgehen. Auflockerung der Programme und neue Einfälle wären endlich einmal notwendig. — Mit einer Schilderung der bunt zusammengewürfelten Bevölkerung beginnt Professor Dr. Gottlieb Weil seinen Vortrag über Jerusalem. Er entwirft klar gezeichnete Porträts der einzelnen Typen, von den Intellektuellen, die besser in ein Berliner Literaten-Café hineinpassen, von den Händlern, den Bettlern; er gibt einen Ausblick von der Gesellschaft Jerusalems, aber es gelingt ihm nicht, der Atmosphäre der Stadt sprachlichen Ausdruck zu geben. Dies kann vielleicht nur ein gemialer Sprachschaffler. Weil begnügt sich dann mit einer Beschreibung der Gebäude und der Straßen, doch er bleibt dabei unanschaulich. Es wäre für den Hörer merkwürdiger, wenn Weil in den folgenden Vorträgen seiner Serie „Orientalische Hauptstädte“ noch stärker das kulturelle Moment in den Vordergrund rücken und die Beschreibung des Stadtbildes auf ein Mindestmaß beschränken würde.



Beleuchte Dein Heim besser!

Dieser Ruf geht jeden an — denn die meisten Wohnungen sind ungenügend oder schlecht beleuchtet. Lassen Sie Ihre Beleuchtungsanlage vom Fachmann prüfen; er wird Ihnen gern mit Verbesserungsvorschlägen dienen. Eine gute elektrische Beleuchtungsanlage unter Verwendung der richtigen Osram-Lampen ist eine Quelle der Freude und des Familienglücks. Rat und Auskunft in allen Beleuchtungsfragen erteilen kostenlos die Osram-Verkaufsstellen, das Elektrizitätswert und sonstige Elektrofachgeschäfte.

OSRAM



Ihre Freundin
 ist Ihnen dankbar,
 wenn Sie ihr sagen, daß Sil,
 Sankels bewährtes Bleich-
 mittel, selbst hartnäckige Flecken
 rasch und gut entfernt, ohne
 das Wäschestück anzugreifen.
 Ein guter Rat ist immer nützlich!

Sil zum Bleichen-
 ohne Gleichen!

Glaswaren
 auch bis zu
12
 Monatsraten
Raddatz & Co.
 Berlin, Leipziger Str. 122-125.

Industrie- und Handelskammer zu Berlin.
Kaufmännische Schulen.
 Ausbildung für jeden kaufmännischen
 Beruf in Handels- u. Höheren Handels-
 schulen mit geschlossenen Lehrgängen
 in Jahres- und Zwei-Jahres-Kursen.
 Auskunft und Prospekte
 Berlin O2, Neue Friedrichstraße 53-56, II

Spezial-Fahrräder 38
 schon von 110,-
 Marken-Fahrräder bis 5 Jahre Garantie
gegen Teilzahlung.
 Mäntel, Schläuche, Laternen etc. enorm billig
Fahrradhaus WERNER Berlin 5036
 Adalbertstraße 9 (am Kolonnen Tor)

Am Montag früh verstarb plötzlich unser Kollege
Friedrich Koch
 Lange Jahre war er Leiter unserer Branche, als
 solcher hat er mit bestem Willen und gutem Können
 die Interessen seiner Kollegen vertreten. Wir werden
 sein Andenken in Ehren halten.
**Branche der Zigarettenmaschinenführer
 und Betriebshandwerker.**
 Einkäschung Donnerstag, den 27. September 1928,
 13 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Rege
 Beteiligung erbeten.
 Branchenversammlung fällt aus.

Nach schwerem Leiden verschied am 24. September
 an den Folgen einer Operation der Maschinenführer
Herr Friedrich Koch
 Die Arbeiter verlieren in ihm einen treuen Berater, der
 die Interessen derselben stets mit denen der Firma zu
 vereinen wußte. Die Angestellten betrauern in dem
 Entschlafenen einen pflichttreuen Mann, dem sein Be-
 ruf über alles ging.
 Seine hervorragende Persönlichkeit wird stets in
 ehrendem Andenken bleiben.
 Die Arbeiter und Angestellten der
Mal-Kah Zigarettenfabrik
 Aktiengesellschaft

Am 24. September entschlief an den Folgen einer schweren
 Operation unser Mitarbeiter, der Maschinenführer
Herr Friedrich Koch
 Durch seine umfassenden Branchekenntnisse und gesundes
 Urteil hat er in vorderster Reihe daran mitgewirkt, daß in den
 langen Jahren seiner Tätigkeit das Einvernehmen zwischen
 Arbeitern, Angestellten und Geschäftsleitung ein geschlossenes
 war. Er hatte immer den großen Blick für das Ganze. Auch
 im Aufsichtsrat, welchem er als Arbeiter-Vertreter angehörte,
 wurde sein Rat gern gehört. Wir werden dem Entschlafenen
 ein ehrendes Andenken bewahren.
Mal-Kah Zigarettenfabrik
 Aktiengesellschaft
 Aufsichtsrat: Martin Cohn. Vorstand: S. Lubliner.

und Sie?

Es ist eine Freude zu sehen, wie rasch der
 Berliner, modern in jeder Faser seines
 Denkens, sich Neuerungen zunutze macht.
**„Jetzt auch Herren-Kleidung
 genau so vorteilhaft“**
 hat sich seit der Eröffnung unse-
 rer beiden Geschäfte am letzten
 Sonnabend mit Windeseile durchgesetzt.
 Unsere Preise sind allerdings auch dazu
 angefan, überall, wo sie bekannt wer-
 den, Freude und Bewunderung zu erregen.
 Vor unseren Fenstern wird dauernd dar-
 über diskutiert, wie es möglich sei, so
 gute Ware so billig zu verkaufen. Viele
 Hunderte haben sich bereits zu ihrer
 Freude und Genugtuung davon über-
 zeugt, wie vorteilhaft man bei uns kauft,
und Sie?

Königstraße 33
 Am Bf. Alexanderplatz

Chausseestr. 113
 Beim Stettiner Bf.

C & A
 BRENNINKMEYER

Verbot von Wort
 und Bild verboten!

Blumenspenden
 jeder Art
 liefert preiswert
Paul Gollets.
 norm. Jeckl Kess
 Mariannenstraße 3,
 Ecke Raunersstraße
 (am Stortzpl. 10 309)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Nach langem schweren Leiden und mehreren Opera-
 tionen verstarb im Alter von 59 Jahren am 24. September
 1928 unser langjähriger früheres Verwaltungsmittglied,
 der Zigaretten-Maschinenführer, Kollege
Friedrich Koch
 In aufopfernder, selbstloser Weise hat er vorbildlich
 die Interessen seiner Berufskollegen vertreten und war
 er der Berliner Verwaltung ein außerordentlich rühriger
 Mitarbeiter, so daß seine Tätigkeit im Interesse für die
 Organisation nicht nur in Berlin, sondern auch im Reich
 allgemeine Anerkennung fand. Auf unzähligen Kon-
 ferenzen und Kongressen hat er mustergültig die Inter-
 essen seiner Berufskollegen und des Verbandes vertreten,
 bis ihn die hartnäckige Krankheit abrief. Er war stets
 ein Vorbild gewerkschaftlicher Treue und werden wir
 ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Einkäschung findet am Freitag, dem 28. Sep-
 tember 1928, 13 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg
 statt. Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Am 24. September 1928 erreichte uns ganz unerwartet
 die schmerzliche Kunde, daß unser langjähriger An-
 gestellter und lieber Mitarbeiter
Herr Otto Bleich
 am Sonntag, dem 23. September, im Alter von 60 Jahren
 infolge Herzschlages plötzlich aus dem Leben ge-
 schieden ist.
 Mit dem Dahinscheiden des Verstorbenen hat ein
 arbeitsreiches Leben seinen Abschluß gefunden.
 Am 29. März 1897 in den Kassendienst eingetreten,
 hat er in fast 32jähriger Tätigkeit seine reichen Lebens-
 erfahrungen in den Dienst unserer Kasse gestellt und
 jederzeit im Interesse der Mitglieder gewirkt. Als Vor-
 bild treuer Pflichterfüllung war er allseitig geschätzt und
 verehrt.
 Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen
 Mitarbeiter und werden seiner stets in Ehren gedanken.
**Der Vorstand und die Angestellten
 der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe
 zu Berlin.**
 Die Einkäschung erfolgt am Mittwoch, dem 26. Sep-
 tember 1928, um 20 Uhr, im Krematorium in der Ge-
 richtstraße.

Am 22. Septbr., abends 7-8 Uhr, ver-
 schied nach schwerem Derselben meine
 liebe Frau und herzlichgeliebte Mutter
Frieda Wiederhöft
 geb. Bumbler, im 88. Lebensjahr.
 In tiefer Trauer
Wilhelm Wiederhöft
 Georg. Getzrad, Döbber.
 Entschlafung: Freitag, 28. Septbr.,
 nachmittags 9 1/2 Uhr, im Krematorium
 Gerichtstraße 47/48

KÜCHEN
 mit emailliert
 Küche Lottchen . . . 55 M. 90 M.
 Küche Christine m. Anz. 85 M. 135 M.
RIESEN AUSWAHL
 roher, lackierter, lackierter, Küchenschrank
 in ca.
135 Mustern.
HIMMEL
 Hauptgeschäft:
 Lothringer Str. 22, Schönhaus. Tor
 Filiale:
 Gr. Frankfurter Str. 40 am Straus-
 burger Pl.

Wäsche nach Gewicht
 Dampfwäscherei Merkur, Berlin O 112
 Frankfurter Allee 307 Fernspr.: Andreas 2820 122
Spezialität: Arbeiter-Berufskleidung
 nh. Aug. Bachmann Mitgl. d. SPD.

Kapitän-Kantabak 15 Pl.
Kapitän-Kopenhagener . . . 20 Pl.
 Die Marke der Feinschmecker
 in den meisten Geschäften käuflich
Carl Röcker, Berlin NO.
 Lichtenberger Str. 22, Kees, 3861

Fleisch
Willy Miething
 Friedrichshagen, Friedrichstr. 97
 billig gut

Wurst
 [R. 26]
 gut

Herrenstaaten im Zwergbauernland

Die heffischen Latifundien. — Der Kampf um den deutschen Boden.

In keinem der deutschen Länder ist mit so ernster Absicht der Kampf um die Enteignung des privaten Großgrundbesitzes geführt worden, wie in Hessen. Daß er ergebnislos war, liegt weniger an der angewendeten Taktik als an dem Kräfteverhältnis zwischen Latifundisten und Bodenrechtsreformern. Es ist wenig bekannt, daß in Hessen 1919 rund 10 Proz. der gesamten Fläche des Staatsgebiets fideikommissarisch gebunden waren. Allerdings waren dies 20 Proz. der gesamten Waldfläche und 5,5 Proz. der landwirtschaftlich benutzten Fläche des Staatsgebiets. Mit dem Gesamtprozentsatz an gebundenem Boden marschierte somit

Hessen unter den deutschen Ländern an der Spitze

denn in Preußen betrug der entsprechende Prozentsatz 7,3 Proz.

Das heffische Volk ist landhungrig. Der Bauernstand macht einen verhältnismäßig großen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung aus. Zwei Drittel aller Landwirtschaftsbetriebe umfassen weniger als 2 Hektar. Die Bodenauteilung ist so weit fortgeschritten, daß der ländliche Nachwuchs nur zu einem verschwindenden Teil die Möglichkeit hat, sich auf der heimatischen Scholle seine Existenz zu gründen. Das staatliche Domänenvermögen hat sich von 1902 bis 1918 um 2750 Hektar vermindert und umfaßt heute nur noch etwa 3000 Hektar. (Man bedenke, daß das Eigentum der Stadt Frankfurt an landwirtschaftlich benutzter Fläche über doppelt so groß ist.) Dagegen sind in den Händen der ehemaligen heffischen Standesherrn und sonstiger Privater ungeheure Flächen zusammengeballt. Die nachfolgende Liste gibt uns einen Begriff davon. Wir haben nur diejenigen privaten Eigentümer aufgezählt, die mindestens 1000 Hektar Gesamtfläche besitzen und bemerken dazu, daß 1000 Hektar in Hessen bei der dichten Bevölkerung etwas ganz anderes bedeuten, als diese Fläche im östlichen Preußen.

Die heffischen Bodensürsten mit mehr als 1000 Hektar.

Namen des Grundeigentümers	Gesamtfläche Hektar	Wälder	
		Wälder u. Weiden Hektar	Wälder Hektar
Fhr. von Dorch, Redarsteinach	1304	145	1160
Erzbischof Erbach, v. Wartenberg	4882	882	3922
Erzbischof Fürstenau	8287	1082	7171
Erzbischof Schönberg	5305	?	3700
n. Görk, Graf Schlich	8868	1603	7168
Fhr. Henl zu Herrnsheim	1327	?	?
Fürst von Jfenburg-Birstein	2358	?	?
Fürst von Jfenburg-Büdingen	4170	1775	2265
Graf von Jfenburg-Neerholz	1068	709	287
Fürst von Reiningen, Amorbach	1027	144	878
Fürst von Löwenstein-Berthelm-Rosenberg	3276	616	2634
Fhr. Nord zu Rabnau	1891	574	1301
Fhr. von Riedesel	12973	3063	8794
Graf von Schönborn-Wiesentheid	1279	457	657

Namen des Grundeigentümers	Gesamtfläche Hektar	Wälder	
		Wälder u. Weiden Hektar	Wälder Hektar
Fürst von Solms-Braunsfels	2342	2067	254
Fürst von Solms-Hohensolms-Lich	1820	?	?
Fürst von Solms-Laubach	5813	1962	3805
Graf von Solms-Ködelheim	2355	1636	700
Fürst von Stolberg-Rohla	1941	357	1420
Fürst von Stolberg-Wernigerode	2261	632	1605

Die Entstehungsgeschichte dieser heffischen Riesenbesitzungen ist noch nicht geschrieben. Die wenigen Altensauszüge, die bis heute veröffentlicht sind, zeigen das gleiche Bild wie anderswo. Eine heffische Gemeinde (Ossenheim) kann sich aus den Akten vergewissern, daß ihre Vorfahren den Wald

dem Grafen Solms zum Geburtstage geschenkt

haben. Eine andere Gemeinde (Langsdorf) beschuldigt die Fürsten Solms-Braunsfels, daß ihr Wald laut Prozeßakten auf nicht ganz einwandfreie Weise in den Besitz ihrer Familie gekommen sei. Im Odenwald und auch in anderen Gebieten des heffischen Landes sind Dörfer verschwunden und ihre Ruinen sind durch Wald bedeckt.

Man weist immer darauf hin, daß es sinnlos sei, das große Grundeigentum zu beseitigen, denn der Wunsch nach Beseidelung des Landes fände ja gar keine Vertreter. Dem widerspricht gerade in Hessen, daß auf Grund einer Umfrage des Staatsministeriums rund 2600 Familienväter die Zuweisung von Land zur Errichtung einer Heimstätte oder zum Ausbau des Zweigbetriebs beantragten. Diese Tatsache deutet darauf hin, wie stark die Bewegung im Volk verankert war. Warum sie erfolglos verpuffte, vermögen wir aus Folgenden zu erkennen.

Der Herrenkampf um den Eigenstaat.

Die Agrarier errichteten in Bad Nauheim unter der Firma „Reformbund der Gutshöfe“ eine Propagandazentrale. Diese überschwemmte die Zeitungen, die Stadverwaltungen, die Behörden und die Reichsstellen mit Eingaben und Vorstellungen, mit Statistiken und falschen Anschuldigungen. In einer Riesenauflage wurde u. a. eine künstlerisch ausgestattete Broschüre an Private versandt, in der statistisch der Beweis geführt war, daß die Städte verhungern müßten, wenn man die landwirtschaftlichen Großbetriebe zerschlage. Gerade diese Behauptung wurde so stark in die Köpfe eingeschämert, daß man ihr auch heute noch überall begegnet.

Der Trugschluß liegt auf der Hand. Man tut so, als ob das Großgrundeigentum unter allen Umständen die Voraussetzung des Großbetriebs wäre und man bekennt sich ferner als überzeugt, daß jeder Großbetrieb ein Musterbetrieb sei und seinen Boden aufs intensivste bewirtschaftete.

Im Vorstand des Reformbundes der Gutshöfe saßen Fürsten und Freiherrn. Das hat aber nicht verhindert, daß nach dessen Bankrott die Bauern den größten Teil der Zechen bezahlten mußten. Man hat auch hier, wie immer in der Geschichte, Bauernfängerei getrieben. Die Tatsache besteht jedoch, daß die Tätigkeit dieser großagrarischen Propagandazentrale die Abwägung der Enteignungsbewegung verminderte. Es sind ungeheure Geder hier in Hessen, wie auch in Württemberg, wo die Zentrale ihren Sitz in der fürstlichen Domaniastanzlei Wolfegg hatte, aufgebracht worden. Diese flossen nicht aus den Erträgen der württembergischen oder heffischen Latifundien, sondern strömten aus allen Teilen des Reichsgebiets zusammen, denn

Hessen ist das süddeutsche Schlesien. — Gleiche Kappen überall.

Wenn die heffischen Latifundien gefallen wären, so wäre das das Signal für das ganze deutsche Reichsgebiet gewesen, denn mit dem Fall der Solms'schen Latifundien in Hessen waren auch deren Riesenbesitzungen in Schlesien, in der Provinz Sachsen, im Freistaat Sachsen und in Brandenburg bedroht. Von den Stolbergern gilt das gleiche. Die Besitzungen der Fürsten Jfenburg und Schent von Schweinsberg greifen auf Hessen-Nassau über. Die Schent von Stauffenberg sitzen in Württemberg. Die Reiningen, Hehl, Frankenstein und Berthelm finden wir in Bayern und Baden wieder. Die Großagrarien in der Rheinprovinz waren zur Solidarität veranlaßt, weil die Stolberg, Löwenstein, Dettingen und Dorch auch in diesem Gebiet unter ihnen saßen. Nach Württemberg übertrug sich die Gegenbewegung, weil dort die Löwenstein, Dettingen usw. ebenfalls interessiert sind, und diese die Hohenlohe, Waldburg-Wolfegg usw. mit in den Kampf hineinrissen. Wenn man sich noch vergegenwärtigt, daß diese Familien alle miteinander verschwägert sind, kann man sich erklären, daß die Kampffront so rasch entstand und daß die ungeheuren Mittel zur Beseitigung der Enteignungsbewegung aufgebracht worden sind.

Neben dem Großkampf ging ein erbitterter Kleinkampf einher. Dies ersehen wir zum Beispiel aus einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Raurer im heffischen Landtag am 14. Dezember 1927. Er drängt auf die Beschleunigung des Enteignungsverfahrens über 40 Morgen Wald (10 Hektar) bei Langenheim im Kreise Lauterbach und begründet dies damit, daß er auf den Bedarf an Ackerland hinweist, und andererseits feststellt, daß die freiherrlich Riedeselsche Verwaltung diejenigen ihrer Forstarbeiter nicht mehr beschäftigt, die Antrag auf Zuweisung des zu enteignenden Landes gestellt haben!

Man muß sich angesichts dieser Tatsache im Bewußtsein halten, daß die Riedeselschen Wäldchen in Hessen über 12 000 Hektar und insgesamt mindestens 20 000 Hektar umfassen. Dieser Kleinkampf tobt aber allorts und in allen möglichen Formen weiter. Kleine Verbote, Kündigung von Arbeits- und Pachtverträgen usw. sind die Mittel. Man erledigt die kleinen Leute einzeln der Reihe nach, um durch abschreckende Beispiele das Auflatzen einer neuen Enteignungsbewegung von vornherein zu unterbinden.

Wird das neue Deutschland noch lange an diesen vorinfantilen Herrenstaaten achlos vorbeigehen, die einer modernen Demokratie und vernünftiger Agrarwirtschaft Hohn sprechen?

Theodor Häbich.

„Glückseligste - Kindermode - Kindermode!“



Früher kleidete man Kinder wie Puppen, heute wollen sie genau wie die Großen der Mode entsprechend und nett aussehen.

Gehen Sie zu C. & A.!

Dort gibt's Kleidung, die den kindlichen Ansprüchen wie auch Ihren mütterlichen Wünschen und hausfraulichen Erfahrungen voll und ganz entspricht.

Noch dazu zu Preisen, die so niedrig sind, daß Sie Ihrem Wunsch, Ihre Kinder nett anzuziehen, freien Lauf lassen können.

In unseren beiden Geschäften Königstr.-Chausseestr. bekommen Sie übrigens jetzt auch Kleidung für Ihren Jungen genau so vorteilhaft!

C & A
BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33
Sohn Seetliner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Um die Luftkassa.

Transoceanverkehr und Privatkapital. — Was gedenkt Herr von Guérard zu tun?

Die Luft wird immer dicker, in der die Luftkassa lebt. Es scheinen Kräfte am Werk, ihr die zum Leben brauchbare Luft im Dienste von Sonderinteressen zu „rationieren“. Die Öffentlichkeit sollte ein scharfes Auge auf die sich hier vorbereitenden Dinge haben.

Vor acht Tagen hat Herr Ministerialdirigent Brandenburg bei der Uebergabe des Seeflughafens Trapani über den Transoceanverkehr gesprochen und dabei erklärt:

„Das Reichsverkehrsministerium hat in den Fragen des Luftverkehrs die Zusammenarbeit mit der Großschiffahrt stets begrüßt und ich darf heute an dieser Stelle sagen: Die Dinge sind jetzt soweit gediehen, daß für die nächste Zeit ein entscheidender Schritt zur Vereinigung aller am Transoceanflugverkehr interessierten Kreise erwartet werden darf.“

Soll diese Aeußerung von Herrn Brandenburg heißen, daß das Reichsverkehrsministerium den zukünftigen Ueberseeflugverkehr ganz oder überwiegend den Großreedereien überlassen will? Es ist notwendig, daß sich das Reichsverkehrsministerium klar und eindeutig zu dieser Frage äußert.

Wir machen darauf aufmerksam, daß mehr als drei Viertel aller Kosten der bisherigen deutschen Verkehrslegerei vom deutschen Steuerzahler getragen werden. Es ist bekannt, daß der Ueberseeflugverkehr, wenn er eingeführt wird, die geringsten Kosten beanspruchen und die höchsten Einnahmen bringen wird. Der Ueberseeflugverkehr wird am allerersten rentabel werden.

Es ist begreiflich, daß sich die privatkapitalistischen Reedereien um diesen wintenden fetten Brocken reißen. Der deutsche Steuerzahler würde weder begreifen noch dulden können, daß der Ueberseeflugverkehr privatkapitalistischen Händen überantwortet würde.

Der Chef des Herrn Brandenburg ist der Reichsverkehrsminister von Guérard. Herr von Guérard hat durch seinen Referenten sich den Reedereien recht freundlich erwiesen. Im öffentlichen und im Verkehrsinteresse liegt dazu kein Anlaß vor. Sollte der Herr Verkehrsminister etwa die Absicht haben, das deutsche Flugwesen, wo es etwas einbringt, privatisieren zu lassen? Sollte Herr von Guérard noch weiter gehenden Forderungen, die höchst bedenklich wären, etwa keine Unterstützung leisten wollen?

Wir bitten um Antwort.

Riefenausbau bei Mannesmann.

38 Millionen für neue Stahlwerke und Hochofen.

Die Generalversammlung des Mannesmann-Konzerns beschloß gestern die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung des Kapitals um 25 auf 165 Millionen. Mit der letzten Kapitalerhöhung im Frühjahr 1927 waren dem Konzern etwa 33 Millionen neue Mittel zugeflossen. Wie der Vorsitzende erklärte wurden hieraus 18 Millionen zur Rückzahlung von Bankschulden verwendet, während die restlichen 15 Millionen in den Bau der neuen Stahlwerks- und Hochofenanlagen in Hüdingen am Rhein gesteckt wurden. Da diese Beträge nicht annähernd für die Deckung der Baukosten ausreichten, habe sich die Verwaltung zu der jetzigen nochmaligen Erhöhung des Kapitals entschlossen. Hieraus würden Mannesmann weitere 23 Millionen zuzufießen, so daß nach Deckung der gesamten Baukosten in Hüdingen der Gesellschaft noch etwa 2 Millionen neue Betriebsmittel verbleiben würden. Danach haben also die gesamten Neuanlagen in Hüdingen rund 38 Millionen gekostet.

Diese neuen Produktionsstätten werden die gesamte Roh-eisenerzeugung des Mannesmann-Konzerns auf rund 600 000 Tonnen, also um etwa die Hälfte der bisherigen Leistungen, erhöhen. Die bisherige Quota des Konzerns bei der Rohstahlgemeinschaft in Höhe von rund 400 000 Tonnen dürfte dementsprechend heraufgesetzt werden. Durch die Hüdinger Anlagen will Mannesmann für seine Stahlwerke vollkommen unabhängig im Rohstoffbezug werden, da der Jahresbedarf der Stahlwerke von etwa einer halben Million Tonnen durch die Hochofen-erzeugung mehr als gedeckt ist.

Die neue Anlage in Hüdingen besteht aus zwei Hochofen, die eine tägliche Leistungsfähigkeit von 1600 Tonnen aufweisen. An das Hochofenwerk ist das Thomas-Stahlwerk angeschlossen, das aus vier Konvertiern zu je 32 Tonnen besteht und damit in der Lage ist, die gesamte Rohstahlerzeugung zu verarbeiten.

Die Betriebsanlage im Konzern ist nach den abgegebenen Erklärungen gut. So übertrafen Produktion und Verkauf für Eisen und Stahl in den Monaten Juli und August die Durchschnittsziffern des ersten halben Jahres, während der September, wie gewöhnlich, etwas ruhiger war.

Ausgleich mit Rumänien?

Kriegsschäden — Rumänische Anleihen — Währungsblisse.

Die seit Jahren geführten Wirtschafts- und Finanzverhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien sind jetzt in ihr entscheidendes Stadium getreten. Es galt, in diesen Verhandlungen grundsätzliche, noch aus der Kriegszeit herrührende Differenzen zwischen den beiden Staaten zu beseitigen, die in der letzten Zeit durch das rumänisch-französische Abkommen noch verschärft worden waren.

Die wichtigsten Forderungen Rumäniens bestanden darin, daß Deutschland für die von der Besatzung 1917 ausgegebenen Generals-Banknoten einen Schadenersatz von etwa 2 Milliarden Lei (heute 32 Millionen Mark) zahlen sollte. Da diese Sonderforderung Rumäniens dem Versailler Vertrag und auch dem Dawes-Abkommen 1924 widersprach, so war der entsprechende Antrag 1919 und 1924 schon von den Alliierten zurückgewiesen worden. Außerdem forderte Rumänien noch für Vieh- und Getreidelieferungen an Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf Grund des Bukarester Friedensvertrages weitere Sonderentschädigungen in Höhe von dreiviertel Milliarden Lei. Deutschland ging auf diese weitgehenden Sonderforderungen Rumäniens nicht ein, da seine Reparationslasten im Dawes-Abkommen insgesamt festgelegt waren.

Andererseits forderte Deutschland, daß Rumänien auf sein Recht, das deutsche Vorkriegseigentum auf Grund des Versailler Vertrages zu liquidieren, Verzicht leistete, und das noch nicht liquidierte deutsche Eigentum freigebe. Auch in der umstrittenen Frage der Anerkennung der rumänischen Vorkriegsschulden und eine rechtliche Gleichstellung der deutschen Anleihebesitzer mit den Gläubigern anderer Staaten konnte Deutschland nicht nachgeben.

In den sehr schwierigen und oft unterbrochenen Verhandlungen scheint jetzt für die wichtigsten Punkte eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt worden zu sein. Deutschland soll

den Rumänen die Zahlung von 56 Millionen Goldmark zugesprochen haben, wogegen Rumänien sich verpflichtet, die rumänischen Vorkriegsschulden, die sich in deutschem Besitz befinden, zu einem bestimmten Satz, der noch nicht feststeht, aufzuwerten. Diese Valorisierung soll gleichfalls etwa 56 Millionen Mark ausmachen, so daß damit die Schadensregelung der deutschen Anleihebesitzer von der deutschen Regierung selbst vorgenommen würde.

Deutschland will außerdem einen langfristigen Warenkredit gewähren, der auf 150 Millionen Mark geschätzt wird. Hier ist ein Exportgeschäft für die Schwerindustrie eingeleitet, bei dem interessant sein wird, ob eine Reichsgarantie gegeben wird. In der Liquidationsfrage des deutschen Eigentums hat sich Rumänien bereit erklärt, mit der Liquidation des deutschen Eigentums aufzuhören und die bisherigen Liquidationen zu revidieren.

Schließlich hat Deutschland noch grundsätzlich seine Teilnahme an der bevorstehenden Stabilisierung der rumänischen Währung zugesagt. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß beim Abschluß dieser Finanz- und Wirtschaftsverhandlungen die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen gefördert werden.

Statistisches Bureau für Bleierzzeugung.

Unter Beteiligung von Vertretern der Bleiindustrie in Kanada und in den Vereinigten Staaten hat am 17. und 18. September in London eine Konferenz stattgefunden, die über die Stabilisierung des Bleipreises und über eine eventuelle Einschränkung der Erzeugung beraten sollte. Die deutsche Bleiindustrie war auf dieser Konferenz direkt nicht vertreten, da man in Deutschland eine abwartende Haltung gegenüber den englischen Kartellplänen einnimmt und sich vorbehält, später einmal der Organisation beizutreten. Ein Kartell ist vorläufig noch nicht zustande gekommen. Man hat sich bei den Verhandlungen darauf beschränkt, ein statistisches Bureau zu gründen, das die Aufgabe hat, tausend Berechnungen über den jeweiligen Verbrauch, die Erzeugung und die Vorräte von Blei anzustellen und eine Propaganda für die Steigerung des Verbrauchs zu betreiben. Solche Organisationen bestehen bereits für andere Metalle, so z. B. für Kupfer und Messing in New York und für Zink in Brüssel.

Endlose Kartellverhandlungen im englischen Bergbau. Die Umfassung und Rationalisierung im englischen Steinkohlenbergbau ist bisher über distriktweise Zusammenschlüsse und Abmachungen nicht hinausgekommen. So laufen die Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen Verkaufsorganisation schon seit Ende vorigen Jahres, ohne daß es zu einer Regelung gekommen wäre. Die Verträge, die auch das erste Halbjahr 1928 dem Bergbau brachte, haben die Grubenbesitzer jetzt offensichtlich verhandlungsbereiter gemacht. So haben die südlichen Bezirke und die Südländgruppe zu den in London neu aufgenommenen Verhandlungen jetzt auch die Vertreter der schottischen und nordöstlichen Distrikte geladen, so daß sämtliche Grubenbezirke Englands bei den neuen Besprechungen über die Gründung eines einheitlichen gemeinschaftlichen Verkaufsartells vertreten sind.

Leidensberg Werk wird doch abgebrochen. Das Schicksal der Leidensberg Werk in Bielefeld ist entschieden. Es ist weder den Bemühungen des Metallarbeiterverbandes noch der Ver-

mittlung des Regierungspräsidenten in Stade gelungen, Herr Stapelrecht vom Leidensberg Konzern (Deutsche Schiffbau- und Maschinenfabrik A. G. Bremen) in der Frage des Abbruchs der Leidensbergbetriebe umzustimmen. Auch die Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen einer beschleunigten Durchführung seines Bauprogramms verliefen ergebnislos, da die künftigen Baupläne noch nicht festliegen sollen. Die Regierung in Stade hat daher die Sperrfrist für den Abbruch der Leidensbergwerke aufgehoben, so daß mit der Verschrottung der Betriebe begonnen wird. Für die von der Stilllegung betroffenen Belegschaften ist die Zulage der Leidensbergverwaltung, auf der Seebadwerk in Bielefeld dauernd 800 bis 1000 Mann zu beschäftigen, ein sehr magerer Trost, denn abgesehen davon, daß ihnen jede Garantie für die Ausführung dieser Zulage fehlt, würde auch Seebad höchstens die knappe Hälfte der entlassenen Leidensbergbelegschaft aufnehmen können. Jedenfalls sind die Garantien festzusetzen; auf Worte der Leidensberg ist schlecht bauen.

Die Konjunktur für Bergwerksmaschinen. Die Maschinenfabriken, die Speziallieferanten für den Braunkohlenbergbau sind, haben noch gute Zeiten. Die seit reichlich zwei Jahren anhaltende Konjunktur in Verbindung mit der Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen im Braunkohlenbau wirken für eine Dauerbeschäftigung der Spezialmaschinenfabriken zusammen. Dies trifft insbesondere auf die am Rande des mitteldeutschen Braunkohlenbeckens gelegene Zeiser Eisengießerei und Maschinenfabrik A. G. zu, die, wie in den letzten drei Jahren, auch für 1927/28 wiederum 10 Proz. Dividende verteilt. Die Gesellschaft hat auch im Berichtsjahr rund 220 000 R. neu in die Anlagen gesteckt, die, wie die gleiche Summe im vergangenen Jahr, aus tausenden Gewinnen „über Betrieb“ bezahlt wurden. Die großen Maschinenanschaffungen, die allein rund 118 000 Mark und im Vorjahr 140 000 R. erforderten, lassen auf intensive Betriebsumstellungen schließen. Die Werke, die mit einer Belegschaft von mehr als 1000 Mann arbeiten, sind mit in- und ausländischen Aufträgen noch gut versehen.

Aus der Partei.

Genosse Valentin Schäfer-Saarbrücken, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, ist zum Leiter des Arbeitsamtes der Regierungskommission ernannt worden. Sein Vorgänger war der frühere Sekretär des freigewerkschaftlichen Deutschen Metallarbeiterverbandes Fuhrmann.



Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Minutenplan für die Arbeit nur an das Jugendsekretariat, Berlin, E. B. 66, Lindenstraße 3

Arbeitsgemeinschaft Wilmshaus heute, Mittwoch, Schule, Straße 18, S. B. - Sitzung morgen, Donnerstag, in der Fächerstraße, Lindenstr. 4.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr:

Wahltag: Heim Turner, 10. Gesellschaft: Die Aufgaben der freien Gewerkschaften — Volkshaus, Heim Turner, Str. 4-5, Ruhensbad. — Vorkriegs-berliner Viertel: Heim Turner, 12. Mitgliederversammlung und Generalprobe. — Reichsberger Viertel: Heim Turner, Str. 17-18. Schilderungen aus dem Kriege. — Christentums-Kreis: Heim Oberstraße (Gästehaus, Götterplatz). — Arbeiter-Gesellschaft: Heim Turner, Str. 1. Tagespolitische Fragen. — Kampfbund: Heim Gemanstraße, 4-6 (Enge). — Komitee des Sozialismus. — Reichsberger: Heim Turner, Str. 16-17. Die Entwicklung des Arbeiterparties. — Wilmshaus-Mitte: Heim Turner, 22. Zweck und Ziel der Jugendinternationalen.

PUTZT alles

VIM putzt den ganzen Hausrat blank, Die Töpfe, die Messer, Den Tisch, den Schrank.

VIM macht das Scheuern und Putzen leicht und sparsam. Es verleiht mit wenig Mühe allen Sachen aus Holz, Porzellan oder Metall strahlende Reinheit.

VIM kratzt und schmiert nicht. VIM ist in der ganzen Welt unerreich.

Der Schutz der Hausangestellten.

Das Hausgehilfengeetz im Spiegel der Kritik.

Fast zehn Jahre sind es jetzt her, daß die Gefindevordnung, dieses mittelalterliche Sklavengezetz, durch die Volksbeauftragten aufgehoben wurde. Zehn Jahre lang warten die Hausangestellten nun schon auf ein Gesetz, das ihnen die gleichen Rechte verleiht, wie sie die übrige Arbeiterschaft schon lange hat. Es hat den Anschein, als ob es nun nicht mehr zehn Jahre dauern wird, bis dieser berechtigten Forderung Rechnung getragen wird. Im Reichsarbeitsblatt wurde vor einiger Zeit die Vorlage eines „Gesetzes über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft“ veröffentlicht, die aber noch nicht die endgültige Entscheidung des Reichsarbeitsministers darstellt und auch noch nicht dem Reichstagsabgeordneten vorgelegt hat. Diese Gesetzesvorlage wurde in einer überfüllten Versammlung der Hausangestellten, die von der Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Hausangestellten einberufen worden war, von der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Reihe einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die Referentin beschränkte sich hauptsächlich auf die Punkte der Vorlage, die einen Sturm der Entrüstung bei den Hausfrauen entfacht haben.

Der § 3 des Entwurfes, der zwar nicht den Widerstand der Hausfrauen hervorgerufen hat, stößt aber auf die entschiedenste Ablehnung bei den Hausangestellten. In diesem Paragraphen ist für die Hausangestellten in Städten mit mindestens 100 000 Einwohnern ein

behördlicher Ausweis mit Lichtbild

und eigenhändiger Unterschrift vorgesehe. Die Hausfrauen sehen sich nachhaltig für diese Ausnahmerebestimmung ein, durch die sie angeblich vor unläuteren Elementen geschützt werden sollen. Die Hausangestellten erklären mit Recht, daß diese Bestimmung der Wiedererführung des Gefindevorganges gleichkomme und mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. Bei keiner anderen Arbeitergruppe wird die Einstellung von einem solchen Ausweis abhängig gemacht. Es gibt auch andere Möglichkeiten, die Hausfrauen gegen unehrliches Personal zu schützen. So könnten z. B. die Unterschriften unter die Arbeitsverträge auf den Arbeitsämtern vollständig werden, wodurch ebenfalls eine behördliche Garantie für die Zuverlässigkeit der einzustellenden Hausgehilfin gegeben wäre.

Die in dem Entwurf vorgesehene Urlaubsregelung paßt den Hausfrauen gleichfalls nicht, obwohl sie noch sehr zu wünschen übrig läßt. Nach neummónatiger Beschäftigung sollen die Hausangestellten einen Anspruch auf Urlaub haben, der in den ersten beiden Jahren der Beschäftigung eine Woche und in den folgenden Jahren mindestens zwei Wochen beträgt. Recht und billig wäre es, einer drei Jahre im gleichen Haushalt tätigen Hausgehilfin

einen Urlaub von mindestens drei Wochen

zu gewähren. Während des Urlaubs sollen die Hausangestellten ihren Lohn und entweder das vereinbarte oder das ortsübliche Kostgeld erhalten. In dem Entwurf ist zwar gesagt, daß der Urlaub mit Zustimmung des Arbeitgebers in seinem Haushalt verbracht werden könne, aber nichts davon, was die Hausangestellte bleiben soll, wenn dazu der Arbeitgeber keine Möglichkeit hat oder seine Zustimmung nicht gibt. Hier wird nur eine partei Organisation helfen können, die aus eigenen Mitteln Urlaubsheime errichtet. Eine etwas komisch wirkende Bestimmung ist die, daß die Hausgehilfin für grobachtig oder mit Vorsatz angerichteten Schaden haften soll, und zwar für ersteren mit der Hälfte ihres Entgeltes. Hier muß unbedingt eine andere Fassung gefunden werden, die nicht die Hausfrau zugleich zum Ankläger und Richter macht, sondern die die Entscheidung in solchen Streitfällen einer dritten unparteiischen Stelle überläßt.

Die Gesetzesvorlage sieht ferner eine neunstündige Nachtruhe vor, umgrenzt aber nicht die tägliche Arbeitszeit. Hier muß, obwohl die Hausfrauen schon gegen die Festlegung einer neunstündigen Nachtruhe protestieren, verlangt werden, daß die Nachtruhe für jugendliche Hausangestellte auf elf Stunden und die Arbeitszeit auf zehn Stunden innerhalb vierzehn Tagesstunden festgelegt wird. Desgleichen müssen die Hausangestellten verlangen, daß für ihre Verpflegung und Unterkunft während der Erkrankung größere Sicherheiten getroffen werden, als es im Gesetzesentwurf vorgesehen ist. Unhaltbar ist es auch, den Hausangestellten nicht den gleichen Mütterchutz zu gewähren, wie er bereits im Mutterchutzgesetz verankert ist. Die Regelung, wie sie jetzt in dem Gesetzesentwurf über den

Mütterchutz der Hausangestellten

vorgesehen ist, muß unbedingt einer besseren weichen. Verlangt muß

schließlich noch werden, daß die Hausangestellten nicht jeden zweiten Sonntag ab drei Uhr, sondern bereits ab zwei Uhr frei erhalten und daß ihnen in jeder Woche nicht an einem bestimmten Tage oder Stunden, sondern von drei Uhr ab eine unbegrenzte Freizeit gewährt wird.

Die Referentin hielt den anwesenden Hausangestellten zum Schluß ihrer Ausführungen aber auch vor Augen, daß die gewünschten Verbesserungen und überhaupt eine Hebung des gesamten Hausangestelltenberufes nur möglich sein wird, wenn sie sich endlich zum Straffen organisatorischen Zusammenschluß im Deutschen Verkehrsband ausrufen. Ihre Ausführungen sowie die ergänzenden Worte der Genossinnen Köhler und Weber fanden den ungeteilten Beifall der Versammelten.

Der Konflikt in Mitteldeutschland.

Heute Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Halle, 28. September.

Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau hat heute beschloffen, den Schiedspruch über den Montetarif und den Lohnschiedspruch anzunehmen, dagegen den Schiedspruch über die Arbeitszeit abzulehnen. Der Reichsarbeitsminister hat zu Nachverhandlungen auf morgen, Mittwoch vormittag 10^{1/2} Uhr, eingeladen.

Der „revolutionäre“ Tippfehler.

Die Grundlage der bolschewistischen Politik.

Mit welcher Leichtfertigkeit die „Rote Fahne“ ihre Lügenmeldungen in die Öffentlichkeit wirft, zeigt wieder einmal die in der heutigen Nummer der „Roten Fahne“ sensationell aufgemachte Meldung über den Schiedspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die „Rote Fahne“ überschreibt ihre Meldung auf der ersten Seite: „Zehnstundenschiedspruch bis 1932“. Sie schließt ihre Notiz damit, daß der „Vorwärts“ wissentlich verweigert, daß der Schiedspruch bis 1932, also 3^{1/2} Jahre, Geltung haben solle.

In Wirklichkeit befristet der Randetaxi der Arbeitszeitabkommen bis zum 31. März 1930. Der Lohnschiedspruch soll nur bis 31. Dezember 1929 laufen. Es besteht gar kein Zweifel, daß die „Rote Fahne“ mit ihren falschen Angaben die Arbeiterschaft irrezuführen beabsichtigt.

Dem aus wen stüßt sich die „Rote Fahne“ mit ihren Behauptungen? Auf einen Tippfehler der Hugenbergischen Telegraphen-Union. Alle übrigen Nachrichtenagenturen, so auch das Bolffbureau, haben die Daten richtig angegeben. Das gleiche geschah auf der Revierkonferenz der Bergarbeiter, wo sie die Delegierten, auch die kommunistischen, den Text des Schiedspruches in Händen hatten. Und wenn dann noch Zweifel bestanden hätten, würde eine einfache Anfrage beim Reichsarbeitsministerium genügt haben, um festzustellen, wie nun eigentlich der Schiedspruch lautet.

Aber die „Rote Fahne“ war zu glücklich über diesen Tippfehler. Ein Hörsfehler einer Statististin, das ist die Grundlage der „revolutionären“ Politik der KPD. Wenn Rackerlichkeit noch tödlich wäre, dann würde die Zeitung der KPD längst begraben sein.

Internationaler Landarbeiterkongreß in Prag

Prag, 28. September. (Eigener Bericht.)

Auf dem Internationalen Landarbeiterkongreß in Prag sprach nach Erledigung des Geschäftsbereichs Reichstagsabgeordneter Georg Schmidt-Deutschland über: Die Bedeutung des Gesamtarbeitsvertrages in der Land- und Forstwirtschaft. Er führte aus: Die landwirtschaftliche Produktion muß zur Erhaltung der Volkskraft überall gefördert werden. Daher muß auch den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Land- und Forstarbeiter die weitestgehende Aufmerksamkeit geschenkt werden. In erster Linie haben die Regierungen dafür zu sorgen, daß an Stelle der sehr rückständigen Einzelverträge das Gesamtvertragsverhältnis in der Land- und Forstwirtschaft zur Einföhrung gelangt. Die Unternehmer dürfen keine Subventionen erhalten ohne

die Verpflichtung, mit der Arbeiterschaft einen Tarifvertrag abzuschließen. Das Problem bedarf auch einer internationalen Behandlung. Darum begrüßt der internationale Kongreß die Unterzeichnung des Internationalen Arbeitsamts über das Gesamtvertragswesen in der Landwirtschaft. In der Hauptsache wird es natürlich von der Stärkung der Land- und Forstarbeiterorganisationen abhängen, ob sich auch für diese Kategorie der Gesamtvertragsvertrag durchsetzt.

Der Vorsitzende des österreichischen Verbandes, Schneberger, sprach über die Lage der Forstarbeiterchaft. Er stellte fest, daß unter allen Forstarbeitern die der Tschechoslowakei am schlechtesten dran sind. Insgesamt sind in der Landarbeiterinternationalen 40 000 Forstarbeiter organisiert. An erster Stelle steht Deutschland mit 25 000, dann folgt Oesterreich mit 5000 organisierten Forstarbeitern.

In der Aussprache wies Hilgenge-Holland auf den Zusammenhang zwischen den Landarbeiterlöhnen und den Preisen der Agrarprodukte hin und trat für die geistliche Fixierung von Mindestlöhnen ein. Leninjohn-Dänemork polemisierte gegen Hilgenge und hob hervor, daß die dänische Landarbeiterorganisation seit 1914 ohne Hilfe des Staates die Löhne um 250 Proz. erhöht habe. Trotz dieser Löhne könnten die dänischen Landwirte mit dem Zustand der Konkurrenz aufnehmen. Havel-Tschechoslowakei stellte mit, daß bei der tschechischen Bodenreform 25 Höfe in genossenschaftliche Bewirtschaftung übergegangen sind. Kwapinski wandte sich temperamentvoll gegen die holländische Forderung auf Mindestlöhne. Lindegren-Finnland kritisierte die angeblich reformistische Tätigkeit des dänischen Landarbeiterverbandes und stellte die Streikstatistik der kommunistischen Landarbeiterorganisation in der Slowakei als müßtergültig für die ganze Internationale hin. Uhl, Deutscher aus der Tschechoslowakei, lehnte die Mindestlohngesetzgebung der Tschechoslowakei ab und betonte gegenüber dem finnischen Delegierten, daß die tschechische kommunistische Landarbeiterorganisation sich ebenfalls an der Ausarbeitung gemeinsamer Lohnrichtlinien mit den Unternehmern beteiligt habe. Gerade in der tschechischen Landarbeiterbewegung hätten die Kommunisten eine unbedingte Zerstörungswart geleistet.

Am Schluß der Debatte erklärte Leninjohn in einer persönlichen Bemerkung, daß die dänische Landarbeiterorganisation mit ihren angeblich reformistischen Methoden die höchsten Löhne von ganz Europa erlangt hat, während gerade in der Tschechoslowakei, wo die Kommunisten ihre revolutionäre Tätigkeit entfalten, die Land- und Forstarbeiter die niedrigsten Löhne hätten. Nach einem Schlusswort des Genossen Schmidt wurden die von ihm und Schneberger vorgeschlagenen Entschlüsse einstimmig angenommen.

Am Dienstag wurde entsprechend einem Antrag Hollands das Exekutivkomitee beauftragt, einen internationalen Film für die Agitation unter den Landarbeitern vorzubereiten, sowie die Organisation der jugendlichen Berufsgenossen in den verschiedenen Ländern zu unteruchen und hierüber den angeschlossenen Verbänden zu berichten. Ein weiterer Antrag Hollands, die Wanderungsfrage in den landwirtschaftlichen Betrieben zu studieren und Schritte zu unternehmen, um sie auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeiterversammlung zu bringen, wurde mit der Einschränkung der Exekutive überwiesen, daß sich die Untersuchung nur auf landwirtschaftliche Saisonarbeiter erstrecken solle. Der übliche kommunistische Vorstoß wurde von den finnischen Delegierten ausgeführt. Sie forderten die Einberufung einer Weltkonferenz der Land- und Waldarbeiter und eine Weltgewerkschaftsinternationalen. Sehr entschieden sprach Schmidt-Berlin gegen die kommunistischen Beibehaltung und demagogischen Resolutionen. Er betonte, daß im Sowjetparadies die Lage der Land- und Forstarbeiter die denkbar traurigste sei. Statt in die Amsterdamer Landarbeiterverbände immer neuen Unfrieden hineinzutragen, sollten die russischen Gewerkschaften lieber endlich an Hand einer genauen Statistik angeben, wieviel ihrer Land- und Forstarbeiter arbeitslos sind und wie diese Arbeitslosen von dem angeblich proletarischen Staat unterstützt werden. Auf Vorschlag Schnebergers wurde der finnische Antrag der Exekutive mit dem Auftrage überwiesen, ihn im Sinne der Grundzüge der Amsterdamer Internationale zu erledigen. Leninjohn-Dänemork sprach hierauf über das internationale Zollproblem. Der Redner betonte die Auffassung, daß man mit hohen Zöllen internationale wirtschaftliche Krisen bekämpfen könne.

Das Exekutivkomitee wurde in seiner alten Zusammenlegung mit Duncan-Schottland als Vorsitzendem und Georg Schmidt-Deutschland als Sekretär wiedergewählt. Damit war die Arbeit des Kongresses erledigt.

Der IGB bleibt in Amsterdam.

Sassenbach als Generalsekretär, Citrine als Vorsitzender.

Amsterdam, 28. September. (Eigener Bericht.)

Der allgemeine Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes wählte am Dienstag Sassenbach einstimmig zum Generalsekretär und beschloß, den Sitz der Gewerkschaftsinternationalen bis zum nächsten Kongreß in Amsterdam zu belassen, ohne

Neue Lehrkurse der Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin

Geschäftsstelle: Berlin R 24, Große Hamburger Straße 20. Telephon Amt Norden 3340.

Tatsache ist, daß täglich verschiedenlich Unfälle passieren, sei es im Betriebe, auf der Straße oder sonstwo. Der größte Teil der Menschheit steht diesen machtlos gegenüber, weil er nicht über die genügende Sachkenntnis verfügt; und wenn derselbe schon helfend eingreift, geschieht es in den meisten Fällen zum Schaden des Verletzten. Diefem Uebelstand will der Arbeiter-Samariter-Bund e. V. und seine im angeschlossenen Kolonnen entgegenreten. Zu diesem Zweck werden alljährlich Lehrkurse in allen Stadtteilen Berlins abgehalten. Sämtliche Kurse stehen unter ärztlicher Leitung. Kommt in unsere Kurse und erwerbt die dazu notwendigen Kenntnisse. Dauer der Kurse 20 bis 24 Doppeltstunden. Der Kursbeitrag beträgt einschl. Prüfungszeugnis 4 RM.

Lehrplan.

Erster Teil: Beschreibung des menschlichen Körpers.
a) Anatomie (Lehre vom Bau des menschlichen Körpers).
b) Physiologie (Lehre von den Verrichtungen des menschlichen Körpers).
Zweiter Teil: Die Samaritertätigkeit.
a) Verletzungen. Blutige Verletzung. (Wundverlauf,

Behandlung, Blutstillung, Verbandlehre, Instrumente).
Unblutige Verletzungen.
1. mechanische: Quetschungen, Versauchungen, Verrenkungen, Knochenbrüche.
2. thermische: Verbrennungen, Hitzschlag, Erfrierungen.
3. chemische: Verätzungen.

4. elektrische: Hitzschlag, Hochspannungsströme.
b) **Erkrankungen.** Infektionskrankheiten, Ohnmacht, Bewußtlosigkeit und Scheintod, Ertrinken, Ersticken, Erhängen, Blutungen aus dem Körperinnern, Fremdkörper, Vergiftungen.
c) **Krankenbeförderung, Krankentransport.**

Lehrkurse.

Ort	Tag	Datum	Ort	Tag	Datum
Tempelhof	Montag	1. Oktober	Spandau	Dienstag	16. Oktober
Köpenick	-	15. -	Sieglitz	-	16. -
Friedrichshagen	-	15. -	Tiergarten	Mittwoch	17. -
Reinickendorf	-	15. -	Wedding	Donnerstag	4. -
Pankow	-	15. -	Udlerstorf	-	4. -
Mitte	Dienstag	2. -	Neuföhn	-	4. -
Lichtenberg	-	2. -	Friedrichshagen	-	11. -
Hermisdorf	-	2. -	Schöneberg	-	11. -
Welkenfer	-	9. -	Krenzberg	Freitag	5. -
Reinickendorf	-	9. -	Artenberg	-	5. -
Treptow	-	9. -	Friedrichsfelde	-	5. -
Charlottenburg	-	16. -			

Beginn abends 19,30 Uhr

Gut und billig!

Das sind zwei Eigenschaften, die selten zusammentreffen!

Wirklich gute und moderne Kleidung zu den niedrigst kalkulierten Preisen bekommen Sie in unserem seit nahezu 40 Jahren bestehenden altrenommierten **Spezialhaus für Herrenbekleidung**

Hier

ein Beispiel



Dieser elegante Ulster aus gediegenem Stoff in moderner Farbe u. guter Verarbeitung kostet ..

nur 29.-

Lassen Sie nicht durch Phrasen Ihre nüchterne Beurteilung beeinträchtigen! Lockartikel und Ramschwaren sind nie gut und billig, weil sie rasch aus der Form kommen, nicht lange halten und vorzeitig ersetzt werden müssen. Die für sie bezahlten **schlechten** billigen Preise werden alsbald sehr teuer

BAER SOHN & Co.
Spezialhaus für Herrenbekleidung
nur Chausseestraße 29-30

Theater Lichtspiele
u. v. w.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Der lebende Leichnam
Theater am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Theater
8 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung
Staa. L. Schiller-Th.
8 Uhr
GAS
Staatoper am Platz der Republik
7 1/2 Uhr
Don Giovanni

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper
Paulsen, Valett, Ander, Geron, Ponto, Köhl, Lenja.
Telefon: Berlin 1141 u. 201

Deutsches Theater
Norden 12.310
8 1/2 U. Ende nach 10 1/2
Zum 115. Male:
Artisten
begl. Max Reinhardt

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8 1/2 U. Ende 11 1/2 Uhr
Eltern und Kinder
Komödie von Bernard Shaw

Kammerspiele
Norden 12.310
8 1/2 U. Ende 10 Uhr
Oktoberfest
Schauspiel von Georg Kaiser

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 90
Dönhof 170
8 Uhr

Der lebende Leichnam
begl. Max Reinhardt
Ende nach 10 1/2 Uhr

HALLER-REVUE
„Schön und schön“
Th. im Admiralsplatz
Täglich
8 1/2 Uhr

Theater
Jendamer Str. 72-73
Schneider Wibbels
Auferstehung

Mittwoch, d. 26.9. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 92 19 1/2 Uhr Zigeunerbaron	Mittwoch, d. 26.9. Städtische Oper Bismarckstr. Turnus 1 19 1/2 Uhr Pique-Dame
Staats-Oper Am Pl. d. Republ. R.-S. 151 19 1/2 Uhr Don Giovanni	Staatl. Schauspiel. im Jendamerstr. A.-V. 159 20 Uhr Kalkutta, 4. Mal

Staatl. Schiller-Theater, Charit'bg.
20 Uhr
GAS

SCALA
8 Uhr B. S. Barbarossa 9256
Raquel Meijer, die Duse d. Chansons;
Nani & Horace, mus. Unmöglichkeit;
Raffayette m. s. Radjohnd, Marrone
& La Costa saw. Carlitau, Galta, amer.
Tanzpaare u. weit. auserl. Var. etc. etc.

Komische Oper
Alle bisherigen
Revue werden übertroffen
durch die neue gewaltige
James-Klein-Revue:
Tausend nackte Frauen!!
Die große Revue der
„Freien Liebe“
Hundert Mitwirkende
Parkett nur 4,50 Mk.

DIE KÜHLTROMMEL

Die aus der Kirmung gewonnene
sahnige Verbindung wird in
dünner Schicht über rotierende
Kühltrommeln geleitet, um ihr die
erforderliche Festigkeit zu geben.
Unaufhörlich fallen von den
eiskühlten Trommeln die
Margarine-Flöckchen in die
fahrbaren Sammelbehälter.

VERA

MARGARINE

VERA

Dienst am Haushalt

1^{1/2} 85 P.

Großes Schauspielhaus
5 Uhr **CASANOVA** 8 Uhr
mit Michael Bohnen. Regie: Charoff

CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch wenige Aufführungen
Rundfunkfieber
Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutscheine für 1-4 Pers.
Festpreis nur 1.15 M., Sessel 1.65 M.,
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Saltmeyer-Sänger
Dir. Künstler-Th.
8 1/2 Uhr
Fräulein Mama
Operette von
Hugo Hirsch
Lessing-Theater
8 1/2 Uhr:
Alb. Bassermann
Der große Bariton
Sonnabend 7 1/2 U.
Premiere:
Alb. Bassermann,
Lucie Mannheim
„Herr Lamberthier“

Wallner-Th.
Wallner-Theater-Strasse
Täglich 8 1/2 Uhr
**Und die Liebe brennt
nimmer auf!**
Schauspiel in 3 Akte
nach dem gleich-
namigen welt-
berühmten Roman.
Festpreis nach Sonnt.
Parkett statt 4.- nur 1 M.

Unserem
lieben Abteilungskassierer
Ernst Lehmann
und seiner treuen Lebens-
gefährtin
zur Silberhochzeit die herz-
lichsten Glückwünsche.
Die Festschleife der 30. Abteilung.

Renaissance-Theater
8 1/2 Heute 8 1/2
Ton in des Töpfers Hand
Tragödie einer Familie v. Theodore
Dreiser. — Deutsch von Paul Eger.
Regie: Gust. Hartung.

Winter Garten
Auserwählte
Internationale Variété-
Musiktruppe
Tägl. 8 Uhr
Hauchen gestattet

Theater des Westens
8 1/2 Uhr
„Prinzden“
Jazz-Vaudeville
von Rudolf Nelson
Freitag 8 Uhr
Premiere
Mastbauer, jd. akad.
Theater
„Touquet“
Operette in 30 B. d.
Reg.: A. Granowsky

Trianon-Th.
8 1/2 Uhr
Sybilie? ...
Ausgeschlossen!
Originalinszenie-
rung der Triöone
Rundfunkhörer
halbe Preise

SCHILDOW
an Nordgrenze Groß-Berlins, 28 Morgen
parzell. Bauland, 5 Min. v. Bnt. Mönch-
mühle, im ganzen oder in einzelnen
Parzellen günstig zu verkaufen. Näheres
Ziehl, Bin. Friedmann, Menze-
straße 23 II, werktäglich nach 5 Uhr

SCALA
8 Uhr B. S. Barbarossa 9256
Raquel Meijer, die Duse d. Chansons;
Nani & Horace, mus. Unmöglichkeit;
Raffayette m. s. Radjohnd, Marrone
& La Costa saw. Carlitau, Galta, amer.
Tanzpaare u. weit. auserl. Var. etc. etc.

Reichshafen-Theater
Abends 8 Sonnt. nchm. 3
Steiniger Sänger
Der Wandervogel Sept. - Progr. I
Ab 1. 10.: Neues Programm.
Hoch. halbe Preise. volles Progr.
Dönhof-Dr. 11:
Variet. Tanz. Anfang 8.5. mit 5 1/2 Uhr

Loss-Theater
in Frankfurter Str. 112
8 1/2 Uhr
Pech-Schulze
Bar. ewsky-Sittens
in Kontorstr. 11
Täglich 8 1/2 Uhr
Der rote General
Komödie in 3 Akten
Täglich 8 1/2 Uhr
Mein Vater hat
recht gehabt

F. Schulmann
BERLIN LEIPZIGER STR. 10
Küchen

**Auch gegen
42 Monatsraten**

Komische Oper
Alle bisherigen
Revue werden übertroffen
durch die neue gewaltige
James-Klein-Revue:
Tausend nackte Frauen!!
Die große Revue der
„Freien Liebe“
Hundert Mitwirkende
Parkett nur 4,50 Mk.

kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Max Adalbert
in
Müllers
Hermine Sterle,
Landa, Siklar
Planetarium am Zoo
Tägl. 10 Uhr
16 Uhr
Der Sternhimmel
im Herbst
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Der Einfluß d. Gestirne
Volkskunde und
Wissenschaft.

kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Max Adalbert
in
Müllers
Hermine Sterle,
Landa, Siklar
Planetarium am Zoo
Tägl. 10 Uhr
16 Uhr
Der Sternhimmel
im Herbst
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Der Einfluß d. Gestirne
Volkskunde und
Wissenschaft.

kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Max Adalbert
in
Müllers
Hermine Sterle,
Landa, Siklar
Planetarium am Zoo
Tägl. 10 Uhr
16 Uhr
Der Sternhimmel
im Herbst
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Der Einfluß d. Gestirne
Volkskunde und
Wissenschaft.

Ischias
Nach langen qualvollen Seiten
Leiden gebrocht, nachdem ich alle
Arzt. behandelte. „Mit Reichels Orlin-
Salbe binnen 14 Tagen meine
Beweglichkeit wieder gewollt.“
Es sind
ähnlich berichten viele über Orlin-
Salbe. Preis 90 Pf. u. 3.-. (In
Ordnung und Briefe, auch bei
Orlin, Berlin 43, 30., Gipsbühlstraße 4.)

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpt. 16073
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 2 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger
Die Konkurrenten Revue.
„Bel uns..!“
Volkspreis: Mk. 0.80 b. 2.00, Logen 2.50

kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Max Adalbert
in
Müllers
Hermine Sterle,
Landa, Siklar
Planetarium am Zoo
Tägl. 10 Uhr
16 Uhr
Der Sternhimmel
im Herbst
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Der Einfluß d. Gestirne
Volkskunde und
Wissenschaft.

kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Max Adalbert
in
Müllers
Hermine Sterle,
Landa, Siklar
Planetarium am Zoo
Tägl. 10 Uhr
16 Uhr
Der Sternhimmel
im Herbst
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Der Einfluß d. Gestirne
Volkskunde und
Wissenschaft.

kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Max Adalbert
in
Müllers
Hermine Sterle,
Landa, Siklar
Planetarium am Zoo
Tägl. 10 Uhr
16 Uhr
Der Sternhimmel
im Herbst
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Der Einfluß d. Gestirne
Volkskunde und
Wissenschaft.

Offene Füße
„Nach langen qualvollen Seiten
Leiden gebrocht, nachdem ich alle
Arzt. behandelte. „Mit Reichels Orlin-
Salbe binnen 14 Tagen meine
Beweglichkeit wieder gewollt.“
Es sind
ähnlich berichten viele über Orlin-
Salbe. Preis 90 Pf. u. 3.-. (In
Ordnung und Briefe, auch bei
Orlin, Berlin 43, 30., Gipsbühlstraße 4.)